

DAS WORT DES VORSITZENDEN

Sehr geehrtes Mitglied,

als das letzte Jahr zu Ende ging, wurde auf unserem Dinner und während des Seminars im Dezember noch einmal an die großen Errungenschaften und Herausforderungen der Europäischen Union erinnert.

Wir waren mehrere Tage vor der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union zusammengekommen und hatten die Ehre, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, der wenige Tage später offiziell an der Zeremonie zur Vergabe des Nobelpreises teilnehmen sollte, als unseren Ehrengast und Redner zu begrüßen. In seiner Rede erinnerte er daran, dass der Frieden nach wie vor eine wichtige Errungenschaft sei und die dadurch geschaffene Stabilität in Verbindung mit der „sanften“ Umgestaltungskraft der EU weiterhin hohe Anziehungskraft für viele europäische Staaten habe – was an der großen Zahl der Staaten zu erkennen sei, die der Union beizutreten wünschen oder Assoziierungsabkommen mit der Union anstreben.

Martin Schulz machte keinen Hehl aus seiner Enttäuschung über die zögerlichen Fortschritte bei der Lösung der derzeitigen wirtschaftlichen Probleme, auch in Bezug auf die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Teilen Europas und vor allem bei so vielen jungen Europäern. Er wählte deutliche Worte und eine klare Sprache, sodass bei seinem Publikum kein Zweifel über seine politische Botschaft bestehen konnte, und es war eine Freude mitzuerleben, wie der Präsident eines EU-Organs die tote Sprache mied, die für die Debatten auf den höheren Ebenen der Union leider allzu oft kennzeichnend ist.

Zwei unserer Mitglieder, Enrique Barón-Crespo und Michael McGowan, nahmen ebenfalls an der Zeremonie in Oslo teil; ihre Beiträge sind in diesem Bulletin veröffentlicht.

Unser Seminar zum Thema *„Europa und die Jugend: unsere Zukunft“* fand zur rechten Zeit statt, es bot eine Vielfalt an Themen, die detailliert behandelt wurden, war äußerst aufschlussreich und fand bei allen, die daran teilnahmen, große Anerkennung. An unserer Podiumsdiskussion nahmen der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Thomas Mann (MdEP), der Direktor der Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission Pierre Mairesse, der Präsident des Europäischen Jugendforums Peter Matjasic und Marta Mato, eine junge Philosophielehrerin am Colegio Virgen de Atocha (Madrid), teil. Wir danken allen Rednern, dass sie sich die Zeit für die Teilnahme an unserem Seminar genommen haben. Die in diesem Bulletin veröffentlichten Zusammenfassungen der allgemeinen Schlussfolgerungen des Seminars stammen von Brigitte Langenhagen und den beiden jüngeren Rednern, deren Teilnahme auf breites Interesse stieß und die mit ihrem Engagement und ihrer Leidenschaft beeindruckten.

Auf der Website des VEM können Videoaufzeichnungen der Redebeiträge abgerufen werden; außerdem sind dort Fotos, Reden und andere einschlägige Materialien zu finden.

Was das nächste Jahr betrifft, sind wir bereits damit beschäftigt, die kommenden Veranstaltungen zu planen. Am 4. Juni 2013 gedenken wir unserer ehemaligen Kollegen, die im letzten Jahr verstorben sind. Ich hoffe, dass einige ihrer Angehörigen an dieser feierlichen Gedenkstunde teilnehmen können. Die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Nicole Fontaine, wird die Abschlussrede halten. Bei dem anschließenden Cocktailempfang wird sich Cecilia Malmström, für Innenpolitik zuständiges Mitglied der Kommission, zu uns gesellen, die als Gastrednerin an unserem jährlichen Arbeitsessen teilnehmen wird. Die Mitgliederversammlung, auf der fünf neue Vorstandsmitglieder zu wählen sind, wird wie immer am Folgetag, dem 5. Juni, stattfinden.

Der Vorstand hat beschlossen, dass der inzwischen alljährlich stattfindende eintägige Besuch einer Einrichtung von Interesse für die Mitglieder ebenfalls im Juni stattfinden soll. Am 25. Juni 2013 wird auf Einladung des Europarats eine 30-köpfige Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats nach Straßburg reisen und an der Nachmittagssitzung teilnehmen. Am folgenden Morgen wird die Delegation beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte empfangen werden, wo sie an einer Anhörung teilnehmen und einen Vortrag über die Aufgaben des Gerichtshofs hören wird. Genauere Informationen erhalten Sie zu einem späteren Zeitpunkt per E-Mail.

Sollten Sie Interesse an der Reise nach Straßburg haben, füllen Sie bitte das in dieser Ausgabe enthaltene Anmeldeformular aus und senden es an das Sekretariat.

Außerdem finden Sie in dieser Ausgabe auch die Berichte der Kollegen, die sich im letzten Jahr am Programm „EP to Campus“ beteiligt haben – das waren Mariela Baeva, Michael Elliott, Nicole Fontaine, Michael Hindley, Anne Laperrouze und Christine Oddy. Das Programm entwickelt sich nicht nur in Bezug auf seinen Umfang, es zeigt auch zunehmend Wirkung – ein Erfolg, den wir all jenen Mitgliedern zu verdanken haben, die mit ihrem persönlichen Engagement einen eindrucksvollen Beitrag geleistet haben, wofür ich ihnen an dieser Stelle im Namen des Vereins danken möchte.

Unser besonderer Dank gilt außerdem all jenen, die an dieser Ausgabe mitgearbeitet haben. Sie wird Ihnen hoffentlich eine unterhaltsame Lektüre sein, und ich hoffe, möglichst viele von Ihnen auf unserer Jährlichen Mitgliederversammlung am 5. Juni 2013 wiederzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Pat Cox
Vorsitzender des VEM

SIE MÖCHTEN WISSEN, WAS IHRE MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS EIGENTLICH MACHEN?



Wenn unser Schicksal als Bürgerinnen und Bürger Europas zum Teil in Brüssel und Straßburg, wo die Organe der Europäischen Union ihren Sitz haben, bestimmt wird – was wissen wir eigentlich über die tägliche Arbeit derjenigen, die wir zu unseren Vertretern gewählt haben? Was wissen wir konkret über die Fragen, die sie Tag für Tag behandeln, um das Europa von morgen zu gestalten? Für welche Bereiche sind sie zuständig, und welche Rolle spielen sie bei den Beschlüssen, die dem Leben in der Gesellschaft auf unserem alten Kontinent für heute und morgen Gestalt geben? Und wie arbeiten sie? Martine Roure wurde 1999 ins Europäische Parlament gewählt und 2004 wiedergewählt. Sie nimmt uns mit auf eine Reise ihrer Erinnerungen mitten in diesem großen „Ameisenhaufen“, im Europäischen Parlament nämlich; diese Reise hat zehn Jahre ihres Lebens gedauert. Es ist ein tagtäglicher Bericht, in dem Flure erscheinen, auf denen internationale Freundschaften geschlossen werden, und der Plenarsaal, in dem Debatten stattfinden; es handelt sich um eine Reise ans andere Ende der Welt, wo Dossiers in einem winzigen Büro eingehend studiert werden, wo eine Auseinandersetzung die nächste ablöst...

Martine Roure ist seit 1989 Stadträtin von Lyon (im 3. Arrondissement gewählt). Sie war von 2001 bis 2008 stellvertretende Bürgermeisterin von Lyon, von 1999 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und von 2007 bis 2009 seine Vizepräsidentin.

DIE JUGEND EUROPAS – UNSERE ZUKUNFT

Wir hatten zum Streitgespräch ins Europäische Parlament über die augenblicklichen brennenden Jugendfragen in einigen europäischen Mitgliedstaaten eingeladen. Insbesondere nahmen Studenten der Belgischen University (ULB) und junge Menschen aus Norddeutschland teil.

Das FMA-Seminar fesselte; die Redner waren hochkarätig:

- Thomas Mann, MdEP, Vize des EP-Ausschusses für Arbeitsgeberfragen und Soziales
 - Pierre Mairesse, Direktor EU-Generaldirektion Bildung und Kultur
 - Peter Matjasic, European Youth Forum
- und

- Marta Mato, Philosophielehrerin vom Colegio Virgen de Atocha of Madrid.

Unser FMA-Präsident Pat Cox wirkte als „Türöffner“ für einen intensiven und respektvollen Dialog mit seinem überzeugenden und menschlichen Eingangsstatement.

Wahrlich, es war ein kritisches Unterfangen – zu einem Zeitpunkt, in dem man bereits von „einer verlorenen Generation“, da ohne Perspektive, sprach: Die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren allein in Spanien betrug 2012 laut „Länderanalyse der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für die „Financial Times Deutschland““ rund 53 % (gesamt 26,6 % laut Eurostat), und in Griechenland 55 % (26 %); die allgemeine EU-Arbeitslosigkeit 10,7 % (Eurostat)!

Die vorgetragenen Statistiken, Studien und Forschungsergebnisse wiesen auch auf die Zahl der Schulabbrecher hin, deren Zahl die EU-Kommission zusammen mit den Staats- und Regierungschefs bis 2020 reduzieren will auf weniger als 10 % entsprechend der 2010-Strategie „Europa 2020“ für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Gründe liegen im Bildungssystem selbst und im schulischen Umfeld und nicht (allein) bei den Jugendlichen! Aspekte der Sozialpolitik, Gesundheitspolitik (Drogen, mentale und emotionale Probleme) sowie Familien-, Wirtschafts- und Finanzpolitik spielen eine immense Rolle!

Ein niedriges Bildungsniveau und keine Arbeitsplätze haben nicht nur für die Betroffenen ernste Folgen! Das bedeutet auch hohe wirtschaftliche und soziale Kosten für die Gesellschaft. Jugendlichen generell Unwillen zum Lernen oder Arbeiten zu bescheinigen, sei, so eine Teilnehmerin, nicht nur ungerecht und verantwortungslos, sondern auch wenig motivierend.

Ein brain drain, der „Auszug der Klugen“, habe eingesetzt. Ausgewanderte kämen aber auch wieder zurück - und würden zu Hause benötigt gerade wegen ihres im Ausland erworbenen Wissens und der kulturellen Kenntnisse. Heimische Firmen brauchen sie wegen des gestiegenen internationalen Wettbewerbs.

Voraussetzung ist :

Unternehmen, Schulen, Hochschulen und Universitäten müssen sich auf die neuen Herausforderungen wie beispielsweise Internationalität, Integration, duales

Bildungssystem, Lebenslanges Lernen, frühkindliche Förderung, generationenübergreifende Zusammenarbeit und Lebensstrukturen einstellen, und

die Mitgliedstaaten müssen zusammenarbeiten und mit einer nachhaltigen Politik die entsprechende Infrastruktur anbieten. Heute noch! Keiner darf sich dem entziehen!

Lesen Sie einige Kommentare dazu:

.. Die Ursache der Krise liegt vielmehr bei den Nationalstaaten, die ihre Haushalte nicht im Griff haben! Die Stärke eines flexiblen Europas liegt darin, dass ein spanischer Jugendlicher auch Arbeit in einem anderen Land finden kann! (Ruven Appelkamp)

.... es war überaus interessant und informativ! Einen Einblick zudem in das Europäische Parlament und sein Umfeld sowie die Arbeit der EU zu bekommen, waren die Strapazen der Reise wert. (Dennis Rösner)

... Ich glaube, dass die Erfahrungen, die ich in Brüssel gemacht habe, mir auf meinem weiteren Weg hilfreich sein werden! (Fenna Strüning)

... Die FMA hat ein Thema ausgewählt, das zurzeit europaweit die Menschen aufwühlt. Insbesondere der Bericht der spanischen Lehrerin war sehr unmittelbar und bedrückend! Engagiert und nachdrücklich schilderten die ehemaligen Abgeordneten der FMA ihre Erfahrungen und Beobachtungen in ihren eigenen Ländern. Der angenehme Umgang und die mit Leidenschaft vorgetragenen Beiträge hinterließen neben den Inhalten einen besonders nachhaltigen Eindruck. (Maren Reese-Winne)

Suchen Sie auch die FMA-Webseite www.formermembers.eu auf!

Brigitte Langenhagen

DAS ERSTAUNEN JUNGER MENSCHEN IN SPANIEN

Ein junger Mensch in Spanien zu sein bedeutet, des Raumes zum Träumen beraubt worden zu sein. Es bedeutet, dass wir lernen müssen, ohne Zukunft und in ständiger Ungewissheit zu leben. Es ist nötig innezuhalten und gründlich über die Bedeutung dieser Dinge nachzudenken. Das Erstaunen, sagt Spinoza, ist den Gedanken auf eine bestimmte Sache zu lenken, die keine Verbindung zu einer anderen Sache aufweist. In diesem Fall wissen wir jedoch, dass die Ungewissheit¹, die die Erfahrungen der Jugendlichen durchzieht, in engem Zusammenhang mit den politischen

¹ So zu verstehen, dass die Ungewissheit in allen Aspekten des täglichen Lebens präsent ist. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf Gesellschaft, Arbeit und Wirtschaft, sondern muss so verstanden werden, dass folgende vorherrschende Faktoren es den jungen Menschen unmöglich machen, über ihre Arbeit, ihre Bildung, ihre Freizeit und ihre Gefühle zu entscheiden: Vorläufigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Zersplitterung, soziale Schichtung, Individualismus, Ökonomizismus und Konsumismus.

Entscheidungen der für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise Verantwortlichen steht.

Wählen wir z.B. drei Gesetze oder Gesetzesinitiativen, die von verschiedenen Verantwortlichen der spanischen Regierung² seit dem Beginn der Finanzkrise eingeführt wurden: die Arbeitsmarktreform, die Rentenreform und die Bildungsreform. Diese Beispiele dienen uns dazu, die dekadente Stellung zu beleuchten, die das System den jungen Menschen einräumt. Einerseits verdammt uns die neue Arbeitsmarktreform mit der neuen Möglichkeit, die Probezeit auf ein Jahr auszudehnen, mit der Ausweitung der Altersgrenze für Praktikumsverträge, der Schwächung der Tarifverhandlungen und der Umwandlung der öffentlichen Arbeitsvermittlung in ein Zeitarbeitsunternehmen zu Unsicherheit und Diskriminierung. Andererseits steigen weiterhin das Rentenalter sowie die Wartezeiten bis zum Erwerb des Rentenanspruchs. Auf dieser Grundlage sind wir Zeugen einer Privatisierung der Bildung mit dem Ziel, eine Bildungselite für die Minderheit zu schaffen und eine Quelle der Ungewissheit für die Mehrheit. Jede Gesetzesinitiative ist einem sozialen Projekt zuzuordnen. Das Gleiche gilt für jede wirtschaftliche Regelung.

Welches Projekt hat das System für spanische Jugendliche vorgesehen? In dem politischen Projekt der herrschenden Eliten scheint kein Platz für die Selbstbestimmung junger Menschen zu sein.³ Wie kann man diesen Umständen einen Sinn geben? Es ist schwierig, die Herren unserer eigenen Leben und Reden zu sein, wenn wir zwischen unsicheren Arbeitsverhältnissen mit lächerlichen Gehältern, befremdlichen Aufgaben, fehlendem sozialem Schutz und Arbeitsschutz, unregelmäßigen Arbeitszeiten und mangelnden Aufstiegschancen wählen müssen. Wenn uns der Zugang zu Krediten und Mietverträgen verwehrt wird. Wenn uns Bildung fehlt, die uns Raum für selbstständiges Wachstum, kreatives Denken und den Dialog mit anderen Menschen bietet. Wenn wir gezwungen sind, uns ständig im Rhythmus des Marktes sowie an jeden globalisierten geographischen Ort zu bewegen. Worauf bauen wir in dieser Konjunktur unsere Träume?

Wir hätten von den verantwortlichen Politikern die Einführung von Maßnahmen⁴ fordern sollen, die sich ausführlicher mit den konkreten und allgemeinen Konsequenzen dieser Reformen für das Leben der Jugendlichen und zu guter Letzt für die soziale Reproduktion beschäftigen. Jetzt bleibt uns nur noch der Ausweg, gründlich darüber nachzudenken, wie wir uns von der Ideologie des neoliberalen Marktes befreien können, der uns um jedes Stückchen und jedes Fragment

² Der PSOE (bis November 2011) bzw. der PP (seit November 2011 bis heute).

³ Wie schon Santiago Alba Rico in dem Vorwort des Buches "Juventud sin Futuro" [Jugend ohne Zukunft] (Madrid, Icaria Editorial, 2011) sagt, ist es normal, dass die Jugend erwachsen werden, sprich frei sein will, obgleich ihre Eltern es nicht sind.

⁴ In fast allen Ländern in unserer Umgebung wurden im Zuge der Krise ähnliche Maßnahmen ergriffen, so auch in Deutschland. Viele deutsche Jugendliche müssen ebenfalls z.B. auf Ein-Euro-Jobs, Mini-Jobs oder auf Leiharbeit ausweichen.

konkurrieren lässt, z.B. indem Räume⁵, geschaffen und ermöglicht werden, von denen aus kollektiv die Möglichkeit eines würdevollen Lebens gewährleistet wird. Nur auf diese Weise können wir der moralischen Misere entkommen, die der Kapitalismus in seiner jetzigen Form mit sich bringt.⁶

Marta Mato
Philosophielehrer
Colegio Virgen de Atocha of Madrid

EUROPA UND DIE JUGEND

Wie sieht die jüngere Generation Europas ihre Zukunft

Krise und Protest gehören zu den Worten, die am häufigsten verwendet werden, um Europa heute zu beschreiben und junge Menschen spielen bei beidem eine wichtige Rolle. Europa steht wieder an einem Scheideweg. Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Europa hart, hat immer größere Auswirkungen und lässt vielen europäischen Bürgern keine andere Wahl, als auf die Straße zu gehen, um gegen die Sparmaßnahmen und die Härte der anhaltenden Krise in Europa zu protestieren.

Als Plattform für die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen und deren Organisationen übernimmt das Europäische Jugendforum die Aufgabe eines Bindeglieds zwischen den *Indignados*-Aktivisten und den Entscheidungsträgern, die unser Leben auf allen Ebenen beeinflussen.

Die Jungen haben heute viele Möglichkeiten ...

Junge Menschen haben viele Möglichkeiten, sich weiterzuentwickeln dank eines leichteren Zugangs zur höheren Bildung und zahlreichen Möglichkeiten zu studieren, dank der EU auch im Ausland. Sie sind die am besten ausgebildete Generation überhaupt und haben ein hohes Qualifikationsniveau. Sie haben dank einer regen Zivilgesellschaft und einem Netzwerk aus Jugendorganisationen sowohl auf lokaler als auch auf europäischer Ebene die Möglichkeit, sich zu organisieren oder aktiv zu werden. Es gibt Strukturen und es werden finanzielle Mittel bereitgestellt, so dass sie alle möglichen Aktivitäten und Projekte organisieren können.

... stehen aber auch nie dagewesenen Herausforderungen gegenüber

Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU liegt bei 22,8 %, d. h. 5,520 Mio. junge Menschen (unter 25) waren im September 2012 in der EU27 arbeitslos, davon lebten 3,493 Mio. im Euro-Währungsgebiet. In manchen Ländern ist mehr als die Hälfte der jungen Menschen arbeitslos (in Griechenland waren es im Juli 2012 55,6 % und in Spanien 54,2 %).

⁵ Von neuen Räumen im Alltag bis hin zu neuen politischen Institutionen.

⁶ Eine Form des Kapitalismus, in der die wirtschaftlichen Eliten so viel Macht besitzen, dass sie ihre Lösungen für die Krise (die in eine Verringerung der Lebensqualität münden) unerbittlich und unanfechtbar aufoktroieren können.

Die Jugend spürt daher schon heute die Folgen der Krise und der Sparmaßnahmen und ist immer mehr von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Es ist nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, sondern auch ein allgemeines strukturelles Problem, dass junge Menschen in ganz Europa Schwierigkeiten beim Übergang von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt haben.

Es ist an der Zeit, dass die EU ihre Zukunft auf Basis von Innovation, Kohäsion und Jugend neu aufstellt. Investitionen in bessere Übergangsmechanismen, wie die Jugendgarantie und hochwertige Praktika, können zu besserer Jugendbeschäftigung beitragen. Der Weg aus der Krise liegt in der Schaffung neuen Wachstums mit Hilfe eines sozialen und umweltverträglichen nachhaltigeren Entwicklungsmodells.

Eine stärkere und demokratischere Union zur Bekämpfung der Krise

Um die Krise zu überwinden, ist mehr europäische Führung erforderlich, nicht weniger. Es braucht eine Europäische Union deren Befugnisse an die aktuellen Herausforderungen angepasst sind. Die EU sollte die Möglichkeit erhalten, eigene Mittel durch direkte Besteuerung der Umweltbelastung und durch eine europäische Finanztransaktionssteuer zu beschaffen und diese in die Jugend zu investieren. Parallel dazu ist eine größere Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung durch europaweite Wahlen sowie Mechanismen für direkte Demokratie und eine stärkere Jugendvertretung in politischen und bürgerlichen Foren erforderlich.

Änderung der aktuellen Dynamik und Angebot eines fairen Generationenvertrags

Die Bewältigung der Krise ist die eine Sache, die nächste Krise zu verhindern eine andere. Die EU sollte sich auf die Stellung der jungen Menschen in der Gesellschaft konzentrieren. Die Jugend kann nicht länger die Sorgen von heute und die Kosten des gegenwärtigen Systems für die nächsten 50 Jahre tragen. Wenn die Jugend bei zukünftigen Entscheidungen nicht in den Vordergrund rückt, hat dies sowohl auf menschlicher, sozialer als auch wirtschaftlicher Ebene Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Es ist wichtig, dass die EU die Jugend bei allen Mitteln, die der Union sowohl finanziell als auch politisch zur Verfügung stehen, gleichstellt und die Selbständigkeit und die Rechte junger Menschen unterstützt.

Das Recht junger Menschen, heute junge Bürger zu sein und nicht nur zukünftige Arbeiter, Rentner, Konsumenten, muss bekräftigt werden und sie müssen schon heute als vollständige Bürger betrachtet werden.

Die Zukunft junger Menschen in Europa hängt davon ab, ob sie die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie frühere Generationen haben, und davon, ob sie diese Rechte und Möglichkeiten durch einen fairen generationsübergreifenden Prozess auch an zukünftige Generationen weitergeben können.

Artikel von Peter Matjašič, Vorsitzender des Europäischen Jugendforums

peter.matjasic@youthforum.org // *Twitter: curlyP*

Das Europäische Jugendforum ist die Plattform von Jugendorganisationen in Europa. Unabhängig, demokratisch, von der Jugend geführt, vertritt es 97 nationale Jugendräte und internationale Jugendorganisationen auf dem gesamten Kontinent. Das Forum fördert junge Menschen, damit sie aktiv an der Gesellschaft teilnehmen, um ihr eigenes Leben zu verbessern, indem es die Bedürfnisse und Interessen der Jugend und ihrer Organisationen gegenüber der Europäischen Union, dem Europarat und den Vereinten Nationen vertritt und verteidigt. Weitere Informationen unter www.youthforum.org

DIE TÜRKEI ALS QUELLE DER INSPIRATION IM ARABISCHEN FRÜHLING

Wir erleben eine Periode des schnellen Wandels, der eine Vielzahl potenzieller Ergebnisse in unseren südlichen Nachbarländern hervorbringt. Dieser historische Wendepunkt, auch als „Arabischer Frühling“ bezeichnet, hat massive soziale und politische Veränderungen in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas bewirkt. Die Menschen verleihen der Notwendigkeit von Demokratisierung und Wirtschaftsreformen Ausdruck. Alle globalen Akteure, die sich der zentralen Bedeutung der Unterstützung der Forderung der Menschen nach Reformen bewusst sind, fühlen sich stark in der Verantwortung, Hilfe zu leisten.

Zweifelsohne ist die Europäische Union (EU) einer der bedeutendsten globalen Akteure, die bereits wirtschaftliche Beziehungen mit der Region aufgebaut haben. Darüber hinaus betonen die EU und die Mitgliedstaaten in ihren Reden ihren starken politischen Willen, die Reformprozesse dieser Länder zu unterstützen. Es ist jedoch nicht realistisch, zu behaupten, dass die EU-Politik gegenüber Nordafrika die erwarteten effizienten und gewinnbringenden Ergebnisse bringt. Insbesondere als Folge des Arabischen Frühlings stand die EU der Herausforderung gegenüber, eine einheitliche Politik einzuführen. Die EU-Politik gegenüber der Region würde unglaubwürdig und unwirksam bleiben, sollten keine stärkeren Mechanismen für einen politischen Dialog mit den regionalen Akteuren geschaffen werden. Die EU muss mit einflussreichen regionalen Partnern zusammenarbeiten, um einen Beitrag zur Neugestaltung der Zukunft dieser Region zu leisten. In diesem Kontext sollte die Union den strategischen Wert dieser historischen Chance der Zusammenarbeit mit der Türkei nicht unterschätzen, die es der EU ermöglichen würde, die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in Nordafrika zu stärken und weiterhin ein „Leuchtturm“ in der Region zu bleiben. Die Neugestaltung einer politisch stabilen Region zu unterstützen, kann in der Folge zu größeren Nutzen aus der wirtschaftlichen Integration, mehr Sicherheit in der Region, höheren Wachstums- und Beschäftigungsraten und weniger illegaler Immigration, politischer Korruption und Armut führen.

Die Türkei ist ein wichtiger Akteur in der Region. Die mehrdimensionale Strategie der türkischen Außenpolitik und die immer größere Rolle der Türkei in diesen Regionen bedeutet, dass eine stärkere Zusammenarbeit der Türkei und der EU zu besseren Beziehungen zwischen Europa und Nordafrika beitragen würde. Die Türkei unterstützt Reformen, die eine Demokratisierung, eine Erholung der Wirtschaft und bessere Lebensbedingungen und Lebensstandards für die Menschen in der Region bewirken würden. Die Türkei ist heute ein wichtiger und inspirierender Akteur im Hinblick auf Demokratisierung und Modernisierungsreformen in Nordafrika. Die Diversifizierung von Projekten, die auf der Initiative des öffentlichen und privaten

Sektors oder von Nichtregierungsorganisationen gründen und darauf abzielen, das Wirtschaftswachstum, soziale Rechte und Beschäftigung, Geschlechtergleichstellung, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern, kann gemeinsam umgesetzt werden. Die Türkei ist bereit, als „Soft Power“ gemeinsam mit ihren europäischen Pendanten zu handeln, um dazu beizutragen, dass in Nordafrika bessere Lebensbedingungen für die Menschen geschaffen werden. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Beitrittsverfahren der Türkei entscheidend für die Stärkung des Einflusses der Türkei als „Soft Power“ war und ist. Dank der Reformen, die aufgrund der Zielsetzung eines EU-Beitritts in Gang gesetzt wurden, haben wir umfassende Maßnahmen ergriffen, um unsere Probleme im Inland anzugehen. Dies machte aus der Türkei einen wichtigen Akteur in der Region – vom Balkan bis zum Kaukasus, Nahen Osten und Nordafrika. Seit die AKP in die Regierung gewählt wurde, erleben wir ein Jahrzehnt der politischen Stabilität in unserem Land. Unsere Regierung leitet das EU-Beitrittsverfahren der Türkei auf gewissenhafte Weise, und wir haben eine starke politische Strategie für den EU-Beitritt entworfen, in der die zentrale Bedeutung von Reformen und des Austauschs mit der EU hervorgehoben wurde. Beides verstärkte die Leistung unserer Wirtschaft und die Wirksamkeit unserer Außenpolitik.

Die Türkei profitiert als aufstrebender Wirtschaftsriese bereits von einem großen Handelsvolumen mit den Ländern in der Region. Durch die Aufhebung von Visumpflichten, die Unterzeichnung von regionalen Handelsabkommen und die Einrichtung neuer Botschaften haben wir türkische Investoren und türkische Unternehmen ermuntert, eine aktive Rolle beim Wiederaufbau der wirtschaftlichen und sozialen Landschaften dieser Länder zu übernehmen. Wir haben immer eine neue Dynamik zur Förderung friedvoller Beziehungen in unserer Region unterstützt. Trotz der negativen Auswirkungen des Arabischen Frühlings hinsichtlich der politischen Instabilität sind unsere Exporte an Nordafrika 2012 im Vergleich zu 2011 weiter gestiegen (um 41 %). In Anbetracht der anhaltenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der EU könnten durch die immer stärkeren Wirtschaftsbeziehungen der Türkei mit diesen Ländern neue Märkte für Investoren aus Europa erschlossen werden. Zugleich bietet die wirtschaftliche Involvement der Türkei Investoren aus Nordafrika neue Chancen.

Was die kulturellen Beziehungen betrifft, wäre das EU-Beitrittsverfahren der Türkei für beide Seiten gewinnbringend. Aufgrund unserer tiefen historischen, kulturellen, religiösen und sozialen Verbundenheit mit der nordafrikanischen Region wird durch die EU-Mitgliedschaft der Türkei das Interesse an der EU wiederbelebt werden, und sie wird dazu beitragen, einen intensiveren kulturellen Dialog zwischen Europa und seinen Nachbarn zu schaffen. In Zeiten, in denen die Welt mit der großen Herausforderung sich wandelnder Sichtweisen in Bezug auf den Islam und die Muslime konfrontiert ist, wird die Förderung des interkulturellen Dialogs es ermöglichen, dauerhaften Frieden und Stabilität in unserer gemeinsamen Region zu erreichen. Deshalb würde eine stärkere Integration der Türkei als EU-Mitglied eine klare Bekundung der Aufrichtigkeit der EU und die Bekenntnis der Union zu ihren fundamentalen Werten und Grundsätzen bedeuten. Durch die Mitgliedschaft der Türkei würde bestätigt werden, dass die Union den demokratischen Pluralismus und die durchgeführten Reformen zur Schaffung besserer Lebensstandards und Lebensbedingungen, sowohl quantitativ als auch qualitativ für alle Bürgerinnen und Bürger, wertschätzt. Anstelle der Annahme eines ausschließenden Ansatzes aufgrund

von kulturellen oder religiösen Unterschieden würde durch die Verfolgung einer integrativeren Erweiterungspolitik die Glaubwürdigkeit der EU in der Weltpolitik bekräftigt werden. Durch die Mitgliedschaft der Türkei wird zugleich eine positive Botschaft an unsere gemeinsamen Nachbarn gesendet und ein Beitrag zur EU-Außenpolitik gegenüber Nordafrika geleistet.

Die vereinten finanziellen und institutionellen Ressourcen der Türkei und der EU, verbunden mit dem Einfluss der Türkei in der Region würden den Reformprozess vorantreiben. Die Türkei ist aufgrund ihrer starken Wirtschaft, ihrer mehrdimensionalen Außenpolitik sowie ihrer kulturellen und historischen Verbundenheit mit der Region ein unverzichtbarer Partner für die EU, um die Ziele der EU-Erweiterungspolitik und der EU-Nachbarschaftspolitik zu erreichen. Die Zukunft Europas ist nicht ohne die Türkei vorstellbar. Durch die EU-Mitgliedschaft der Türkei wird eine „Win-win“-Situation für alle geschaffen. Dies bedeutet, dass sowohl die Türkei als auch die EU auf globaler Ebene mehr Einfluss auf eine Politikgestaltung haben, die zu Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in unserer gemeinsamen Nachbarschaft beitragen würde.

Egemen Bağış, Minister für europäische Angelegenheiten und Chefunterhändler

DAS ZYPERN-DRAMA

Die Republik Zypern ist seit dem Jahr 2004 ein Mitgliedstaat der Europäischen Union. Alle Regierungen und nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten sowie das Europäische Parlament stimmten dem Beitritt Zyperns zur EU zu. Kurz gesagt, Zypern trat der Union mit der Zustimmung aller Europäer bei.

Der Beitritt galt für die ganze Insel, obwohl bekannt war, dass ein Teil von ihr nicht unter der Kontrolle der Regierung der Republik Zyperns steht. Warum? Weil allen bewusst war, dass das Problem Zyperns im Grunde die Besatzung eines Teils der Insel durch das türkische Militär war. Sie konnten die Insel, die historisch gesehen europäisch ist, nicht dafür bestrafen. Es bestand allgemeine Einigkeit darüber, dass es nur gerecht und fair sei, ein europäisches Land (aufgrund seiner Geschichte, Kultur und Politik) in die Familie der EU-Mitgliedstaaten aufzunehmen. Der Beitritt Zyperns zur EU war kein europäischer Fehler, sondern ein Akt der europäischen Selbstbehauptung.

Deshalb ist es sehr enttäuschend, den Beitrag unseres geschätzten Kollegen Jan-Willem Bertens in der Ausgabe Nr. 41/Dezember 2012 des VEM Bulletin mit dem unglücklich gewählten Titel „Cyprus an EU member state: A European mistake“ („Zypern als EU-Mitgliedstaat: ein europäischer Fehler“) zu lesen. Jan-Willem Bertens sollte als „erster Berichterstatter über Anliegen im Zusammenhang mit dem Beitritt von ganz Zypern zur EU“ die schwachen Argumente der Türkei hinsichtlich Zyperns weder akzeptieren noch wiedergeben, ohne diese zu hinterfragen.

Sich daran zu erinnern, wann immer auf das Zypern-Problem Bezug genommen wird, dass die Türkei seit 38 Jahren einen Teil des europäischen Gebiets unter ihrer militärischen Kontrolle hält, ist für alle Europäer eine Frage der Gerechtigkeit, Solidarität, Selbstachtung und Würde. Man sollte immer daran denken, dass sich die Türkei seit Jahrzehnten weigert, die Resolutionen der Vereinten Nationen sowie die Entschlüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments, in denen die Türkei aufgefordert wird, seine militärischen Kräfte aus Zypern abzuziehen, zu befolgen. Es ist unnötig sämtliche Resolutionen und Entschlüsse aufzuzählen, mit denen die VN-Resolution Nr. 353 aus dem Jahr 1974 umgesetzt werden soll, in der die unmittelbare Beendigung der ausländischen militärischen Intervention und der zügige Abzug aller ausländischen Streitkräfte und Militärangehörigen aus der Republik Zypern gefordert wurde. Die Tatsache, dass fast ein Drittel der griechisch-zyprischen Bevölkerung Zyperns aus ihren Häusern und von ihren Grundstücken vertrieben wurde, und sie seit 38 Jahren noch immer Flüchtlinge in ihrem eigenen Land sind, sollte nicht vergessen werden. Alle sollten wissen, dass die türkischen Zyprioten, für deren Sicherheit die Türkei angeblich vierzigtausend Soldaten und hunderttausende Siedler aus Anatolien in Zypern verbleiben lässt, sprichwörtlich erstickt werden und nach und nach verschwinden. Alle sollten sich an die Kolonialisierung der besetzten Gebiete in Zypern und die ethnische Säuberung, die das Ausmaß von Kriegsverbrechen angenommen hat, erinnern.

Gegenüber offiziellen Vertretern der Türkei sollte immer darauf hingewiesen werden, dass es den Interessen der Türkei als Kandidatenland für einen Beitritt zur Europäischen Union nicht dient, wenn sie die Republik Zypern nicht anerkennt oder ihre Beitrittsverhandlungen mit der Union während der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns aussetzt!!

Von der Europäischen Union wird erwartet, dass sie versucht, die Türkei zu überzeugen, sich konstruktiv und aufrichtig um eine tragfähige und machbare Lösung zu bemühen, die auf den europäischen Werten und Grundsätzen beruht und den Interessen aller griechischen und türkischen Zyprioten dient. Sie sollte sich aktiv bei der Zypernfrage einbringen und ihre Rolle als passive Zuschauerin aufgeben. Statt der Türkei, einem Land, das einen Teil des europäischen Gebiets besetzt hält, zu schmeicheln, sollte die EU sie davon überzeugen, die Zypern-Tragödie zu beenden. Die EU sollte sich Zypern gegenüber endlich solidarisch zeigen und seine Werte und Grundsätze achten – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, indem sie ihr Möglichstes tut, um das Zypern-Drama zu beenden.

Panayiotis Demetriou

EVP – ED Zypern (2004 – 2009)

DIE ERKLÄRUNG VON MALTA

Am vergangenen 2. November wurde von der FP/AP in Malta ein Kolloquium veranstaltet, in dessen Rahmen die Erklärung von Malta zur Unterstützung der Prozesse des demokratischen Übergangs im südlichen Mittelmeerraum sowie im Nahen und Mittleren Osten einstimmig angenommen wurde; die englische Version kann auf der Website des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (unter „Activities“) aufgerufen werden.

Der gebilligte Text ist das Ergebnis von fast eineinhalb Jahren an Arbeit und Beratungen. Im Februar 2012 stellte der Berichterstatter, der Niederländer Jan Dirk Blaauw, dem Vorstand⁷ einen ersten Entwurf vor, an dem er schon einige Monate arbeitete und der Gegenstand einer umfassenden und ausgiebigen Diskussion war. Selbst der Titel wurde von dem allgemein gefassten Begriff „Mittelmeerraum“ in „südlicher Mittelmeerraum“⁸ konkretisiert! In der Tat gestaltete sich dieses erste vom Berichterstatter vorgelegte Dokument eher analytisch und narrativ, so dass es bei der Mehrheit der anwesenden Vereinigungen nicht auf Zustimmung stieß, die es darüber hinaus als zu eurozentrisch erachteten. Im Gegenzug wurden die Absätze zu den Menschenrechten und die Vorschläge als zu synthetisch bewertet.

Trotzdem stellte es eine gute Diskussionsgrundlage dar. Im Frühjahr konnten die in der FP/AP zusammengefassten Vereinigungen ihre mündlichen Anmerkungen ergänzen und legten diese schriftlich vor, was eine eingehende Überarbeitung des Vorschlags zur Folge hatte, durch die den wichtigsten Argumenten des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM-FMA) Rechnung getragen wurde.

Der neue Entwurf, der sich für die Erörterung spezifischer Änderungen als um einiges ausgefeilter und geeigneter erwiesen hat, wurde im Lauf des Sommers verteilt. Unser Verein legte noch einige Änderungen vor, durch die der Text zwar verbessert wurde, die jedoch meiner Ansicht nach als eher geringfügig erachtet werden können. Die anderen Vereinigungen gingen auf gleiche Weise vor.

Und so kamen wir nach Malta. Vonseiten sämtlicher Behörden erwartete uns ein außergewöhnlicher Empfang, obgleich es mir angebracht scheint, hier insbesondere die Rolle des ehemaligen maltesischen Abgeordneten Lino DeBono und seiner Mitarbeiter hervorzuheben.

Das Kolloquium selbst wurde während der vorangegangenen Sitzung des Vorstands ausführlich vorbereitet. Zunächst lässt sich sagen, dass es zwei Blöcke von Änderungsanträgen gab, nämlich die türkischen und die französischen, in denen extreme, beinahe gegensätzliche Positionen bezogen wurden. Des Weiteren gab es auch ein größeres Paket maltesischer Änderungsanträge und darüber hinaus einige Änderungsanträge anderer Delegationen. Die Mehrzahl der türkischen Änderungsanträge wurde abgewiesen, während die französischen und maltesischen mit Kompromissen angenommen wurden, wobei dem Eingreifen der deutschen und

⁷ „Bureau“.

⁸ „Southern Mediterranean“.

unserer Delegation eine herausragende Rolle zukam. Daher konnte das Kolloquium auf der Grundlage eines vereinbarten Textes durchgeführt werden.

Die Erklärung von Malta steht in einer Reihe mit der Botschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 15. September 2011. Zunächst beinhaltet die Erklärung einen umfassenden Rückblick auf den sogenannten „Arabischen Frühling“, in dem an die Gemeinsamkeiten der Ereignisse in den verschiedenen Ländern erinnert wurde, ohne dabei jedoch die Unterschiede auszuklammern; insbesondere die Sehnsucht nach Demokratie wurde dabei hervorgehoben. Im Anschluss befasst sich die Erklärung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie mit der Verfassung in diesen Ländern mit demokratischen Parlamenten. Sie schließt mit einem Kapitel mit Vorschlägen, die im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung dieser Länder auch für die Mitwirkung der EU und des Europarates – als Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses – plädieren, da dies als Aufgabe unserer Demokratien erachtet wird, was zudem zu einer größeren Sicherheit weltweit führen wird.

Joan COLOM I NAVAL
PES, Spanien (1986-2004)
joan.colom@economistes.com

MALTA – DIE SUCHE NACH DEM BETÖRENDEN SONNENUNTERGANG!

Giorgia war zum ersten Mal mit der FMA auf Auslandsreise: Wir - Karin, Joan und ich - konnten uns auf ihre kompetente Unterstützung verlassen - ganz so, wie wir es vom FMA-Sekretariat gewohnt sind.

Malta zeigte sich von seiner besten Seite und verwöhnte uns mit einem herrlichen und wärmenden Sonnenschein, der uns in Brüssel oder Norddeutschland in diesem Jahr irgendwie abhanden gekommen war!

Die Abende verzauberten die Insel mit ihrem gelben Licht auf den steinernen Festungen, und ein geheimnisvoller Mond versilberte das Meer. Die Sonnenuntergänge brannten den Himmel rot – doch als Giorgia ihn festhalten wollte, versteckte er sich Dennoch:

Wir genossen die Gastfreundschaft, Valetta und Gozo, hörten Touristisches und von den berühmten Englisch-Sprach-Angeboten sowie vom International Maritime Law Institute – und den großen Boatpeople-Problemen

Malta ist quasi ein Carrefour zwischen Afrika und Europa – und war umso mehr auch der richtige Aufenthaltsort für das wichtige Demokratie-Colloquy!

Brigitte Langenhagen

VON EINEM TRIP NACH SIZILIEN UND EINEM GEDANKENAUSFLUG

Ein freier Tag blieb mir auf Malta. Und weil uns die Ehemaligen-Organisation von Malta so viel von dem Inselland, seinen Menschen, der Historie und den Kunst- und Kulturschätzen vermittelt hatten, zog es mich zu einem Tagesausflug nach Sizilien - denn da war ich noch nie.

Täglich fährt eine riesige Fähre am frühen Morgen aus dem imposanten Grand Harbour in Valetta in anderthalb Stunden nach Catania (leider nicht an meinem Reisetag) oder Pozzella (vorher noch nie gehört), dann geht es für Touristen mit dem Bus bis zum Ätna und auf einer anderen Route wieder zum Hafen zurück mit Stopps in pittoresken Orten.

Auf dem Schiff blieb bei einem Drink Zeit für Nachdenken und Erinnerungen, z.B. an die auf Sizilien spielende wunderbare Komödie "Scheidung auf italienisch" mit dem unvergesslichen Marcello Mastroianni, der sich im Film seiner überdrüssig gewordenen Ehefrau gewaltsam entledigt, weil damals Scheidungen nicht möglich waren. Das ist lange her - in Italien, aber nicht auf Malta, wo sich erst vor kurzem eine Volksabstimmung für die gesetzliche Einführung der Scheidung ausgesprochen hat. Willkommen in der Lebenswirklichkeit!

Karin Junker



Der Friedensnobelpreis wird der Europäischen Union verliehen – Welch großartige Nachricht! Vor allem, weil das Komitee darin „ihre größte Errungenschaft sieht: Der erfolgreiche Kampf für Frieden und Versöhnung, für Demokratie und Menschenrechte“ hat „den Kriegskontinent Europa in einen Friedenskontinent verwandelt“. Als Europäer, der während des Zweiten Weltkriegs geboren wurde - einem Bürgerkrieg, der wie die meisten Kriege unter einer Diktatur entfacht wurde - kann ich das nur bestätigen. Der Aufbau Europas hat den Übergang zur Demokratie in meinem Land angestoßen und begleitet. Das erging den meisten Mitgliedstaaten der Union so. Zudem ist es eine Geste, die gerade in einer Zeit wichtig ist, die von "schwerwiegenden Problemen und deutlichen sozialen Spannungen" geprägt ist.

Für Nationen, die jahrhundertlang verfeindet waren und heute brüderlich vereint sind, ist das eine gute Nachricht. Für die Bürger Europas, die die Entstehung des Europäischen Parlaments miterlebt haben, ist sie von besonderer Bedeutung.

Tatsächlich haben wir einen guten Teil unseres Lebens damit verbracht, täglich alte Feindschaften, fest verwurzelte Vorurteile und sprachliche Barrieren zu überwinden, um miteinander reden und arbeiten zu können. Eine wahre Schule, die uns geprägt und in einer gemeinsamen Sache vereint hat, "obwohl wir uns unterscheiden wie zwei Tropfen reinen Wassers", um die Worte der Nobelpreisträgerin Wislawa Szymborska aufzugreifen. Im Falle von Spanien hatten die Entschließungen des Europäischen Parlaments von 1962 und 1976 über die Demokratie als Voraussetzung, um in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden, einen unmittelbaren Einfluss auf den Übergang zur Demokratie. Als Präsident des Europäischen Parlaments durfte ich später mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges das Ende der Spaltung des Kontinents erleben. Ich kann versichern, dass ich die Herausforderungen der Zeit angenommen und aktiv an der Versöhnung und der Öffnung für alle interessierten demokratischen Länder Europas gearbeitet habe. Die parlamentarische Demokratie, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so verschmäht und bekämpft wurde, ist eine der wesentlichen Antriebskräfte auf dem Weg der neuen Geschichtsschreibung, aus der auch die heutige Europäische Union hervorging.

Bei der Zeremonie der Nobelpreisverleihung in Oslo hielten die Führer der EU vorbereitete und gemäßigte Reden. Aber die größte Hoffnung für die Zukunft sehe ich in der Anwesenheit von vier jungen Menschen, die die Politiker begleiten durften: die Gewinner eines Malwettbewerbs zum Thema „Frieden, Europa und die Zukunft: Was bedeutet Frieden in Europa für dich?“ Den ersten Preis erhielt die zwölfjährige Ana Fanlo aus Salamanca mit einer Europakarte, die keiner weiteren Erklärung bedarf. Angesichts dieser Vision können wir darauf vertrauen, dass das Kantsche Ideal des ewigen Friedens eine Zukunft in Europa hat und eine positive Nachricht für die ganze Menschheit darstellt.

Enrique Barón Crespo
PES, Spanien (1986-2009)
enrique.baron@european-foundation.org

VEM – NOBELPREIS

EU nimmt Friedensnobelpreis in Oslo entgegen

Es war ein Privileg, anwesend sein zu dürfen, als die Präsidenten der wichtigsten EU-Organen den Friedensnobelpreis im großartigen Rathaus in Oslo in Empfang genommen haben – sowohl mit Würde als auch mit Leidenschaft und für eine Leistung, die als ein Wandel von einem „Kontinent des Krieges“ zu einem „Kontinent des Friedens“ beschrieben wurde.

Ich war besonders erfreut darüber, in Oslo anwesend zu sein und alte Kontakte zu Friedensaktivisten aus den Anfängen der europäischen Abrüstungsbewegung auffrischen zu können und darüber nachzudenken, dass einige der Ziele aus dem Anfangsjahr der Abrüstungsbewegung (1980) erreicht wurden, nämlich unter anderem das Ende des Kalten Krieges in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees Thorbjorn Jagland, der frühere Premierminister und Generalsekretär des Europarates, führte aus: „Die Aussöhnung

Deutschlands und Frankreichs ist vermutlich das aussagekräftigste Beispiel der Geschichte, anhand dessen aufgezeigt werden kann, dass Krieg und Konflikte so rasch zu Frieden und Zusammenarbeit führen können“.

Die Wahl des Zeitpunkts für die Auszeichnung ist in jedem Fall ein bewusstes Zeichen der Solidarität des Nobelpreiskomitees, um die „sechs Jahrzehnte Frieden und Aussöhnung in Europa“ in einer Zeit zu würdigen, in der die EU mit der schwersten Krise ihrer Geschichte, mit drastischen Sparmaßnahmen und hoher Arbeitslosigkeit auf dem gesamten europäischen Kontinent konfrontiert ist.

Der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, führte aus, dass die Freundschaft Deutschland und Frankreichs nach dem zweiten Weltkrieg weit über die Entschlossenheit hinausgegangen sei, zu vergeben und zu vergessen, sondern vielmehr der Wille vorhanden war, ein Europa aufzubauen, in dem Krieg nicht mehr vorstellbar ist.

Er sagte, dass der Friedensnobelpreis einen ganzen Kontinent würdige, der 1945 aus Trümmern auferstanden sei und 1989 seine Teilung überwunden habe. Und er erzählte leidenschaftlich, wie sein Vater sein eigenes Grab ausheben musste, aber entkommen konnte und sagte: „Sonst gäbe es mich nicht.“

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, führte aus, dass souveräne Nationen der Vergangenheit nicht die Probleme der Gegenwart lösen könnten, und sprach über die allgemeinen Kernwerte der EU von heute, die eine Verpflichtung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen beinhalten.

Diese Erklärung von José Manuel Barroso, dass eine Verpflichtung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen besteht, kann allerdings angesichts seiner Absichten, die nukleare Verteidigung Frankreichs und des Vereinigten Königreichs weiterhin zu unterstützen, durchaus in Frage gestellt werden; nicht vergessen werden sollte, dass in Belgien, Deutschland und den Niederlanden nach wie vor nukleare Waffen auf europäischem Boden stationiert sind.

Auf der feierlichen Veranstaltung anlässlich der Verleihung waren 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten vertreten, darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande, die nebeneinander saßen und spontan stehende Ovationen erhielten.

Vor seiner Abreise besuchte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, die Insel Utoya, auf der im Juli 2011 bei einem Massaker während eines Jugendlagers der norwegischen Arbeiterpartei 77 Personen zu Tode kamen.

Die EU hat beschlossen, mit dem Nobelpreisgeld Projekte zu unterstützen, mit denen Kindern in Kriegsgebieten geholfen wird, und es aus eigenen Mitteln um denselben Betrag aufzustocken.

Es war großartig, in Norwegen gewesen zu sein, einem Land, das politische Führungskräfte wie Gro Harlem Brundtland, der ich in meiner Zeit als Vorsitzender des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments in Straßburg und in Berlin in Sitzungen begegnet bin, hervorgebracht hat. Sie war drei Mal Ministerpräsidentin

sowie Vorsitzende des VN-Ausschusses für Umwelt und Entwicklung und wird häufig als „Mutter der Nation“ bezeichnet.

Michael McGowan

PES, Vereinigtes Königreich (1984-1999)

mcgowan.michael@ntlworld.com

INTERNATIONALER TAG DER FRAU – DIE STÄRKEN VON FRAUEN NUTZEN

Einmal fragte ich Seine Heiligkeit, den Dalai Lama, wie man die Rolle von Frauen stärken könne, so dass sie einen größeren Beitrag für die Gesellschaft leisteten. Er erwiderte, dass es nicht darum gehe, die Rolle von Frauen zu stärken, sondern vielmehr darum, die Stärken von Frauen zu nutzen!

Am Internationalen Tag der Frau, der weltweit am 8. März begangen wird, werden die Rolle und die Tätigkeiten von Frauen in der Gesellschaft gewürdigt und anerkannt. Ursprünglich wurde der Tag Internationaler Tag der arbeitenden Frauen genannt und stammte noch aus sowjetischen Zeiten. An diesem Tag stand der Respekt, die Anerkennung und Liebe von Männern gegenüber Frauen im Vordergrund, und es wurde ihrer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften gedacht. Manchenorts hat der Tag seine politische Note verloren und ist einfach nur ein Anlass, zu dem Männer Frauen ihre Liebe zum Ausdruck bringen.

Heute stellt der Internationale Tag der Frau eine Gelegenheit dar, den Mehrwert von Frauen in der Gesellschaft und ihre Erfolge in das Bewusstsein zu rücken und zu würdigen, wobei gleichzeitig auf die Herausforderungen hingewiesen wird, mit denen Frauen konfrontiert sind. Heute ist er als Tag der Vereinten Nationen anerkannt, so dass ihm eine ausgeprägtere politische und menschenrechtliche Komponente zukommt.

Jedoch ist er nicht ausschließlich ein Tag für Frauen. Es ist ein Tag, an dem Männer in die Debatten zur Machtgleichstellung der Frau eingebunden werden sollen, um Diskriminierung, Ungleichheit, Unterrepräsentation im Entscheidungsfindungsprozess und Stereotypen zu überwinden sowie die Ausmerzungen von Gewalt voranzutreiben. International herrscht Einvernehmen darüber, dass es keine Änderungen bei der Zielsetzung des Internationalen Tags der Frau geben wird – nämlich letztendlich mehr Gleichheit in der Gesellschaft zu erreichen – solange sich Männer nicht an den Gesprächen und Veranstaltungen beteiligen.

Weltweit werden auf Regierungs- und auf lokaler Ebene Veranstaltungen ausgerichtet, um Tätigkeiten von Frauen zu fördern oder um auf frauenspezifische Themen hinzuweisen. Bisher wurden dabei Themen wie Mädchen, Prostitution, geschlechtsspezifisches Lohngefälle und häusliche Gewalt behandelt. In der Regel richtet die EU in vielen ihrer Einrichtungen verschiedene Veranstaltungen aus, in deren Mittelpunkt die Rechte von Frauen stehen. Im Jahr 2013 findet im Europäischen Parlament eine sehr hochrangige Konferenz statt, um einige der globalen Probleme, mit denen Frauen sich gegenwärtig konfrontiert sehen, zu

erörtern. Auch ich werde an dieser Konferenz teilnehmen und dabei den seit Beginn der Krise festzustellenden Abbau sozialer und wirtschaftlicher Rechte von Frauen ansprechen; darüber hinaus möchte ich das Augenmerk auf diesen Abbau in einigen, meist islamisch geprägten Ländern richten, die sich in einer Phase des Übergangs zur Demokratie befinden.

Ebenso werde ich in Berlin auf einer lokalen Veranstaltung von Frauen zu Unternehmertum und dem Aufbau von Kapazitäten für Frauen in Entscheidungsprozessen sprechen. Dies steht im Zusammenhang mit der Arbeit des Ausschusses zu EU2020 und der geschlechterspezifischen Dimension, zur unternehmerischen Tätigkeit von Frauen sowie zur Stellungnahme zu Frauen in Vorstandspositionen, an der wir derzeit arbeiten.

Überaus bedauerlich ist die Tatsache, dass Männer sich nicht ausreichend in den Internationalen Tag der Frau einbringen, außer, dass sie an diesem Tag Glückwünsche aussprechen oder gelegentlich Rosen verschenken. Alle Männer, die eine Mutter, Frau, Schwester, Tochter, Enkelin oder Freundin haben beziehungsweise gehabt haben, rufe ich an diesem Tag dazu auf, deren Errungenschaften zu feiern und das Leben von Frauen wie ihnen zu verbessern, weltweit und für die Zukunft der gesamten Gesellschaft, sowohl der männlichen als auch der weiblichen.

Allen ehemaligen Mitgliedern wünsche ich für das Jahr 2013 beste Gesundheit und Erfolg sowie all unseren weiblichen Mitgliedern, die als Vorbilder fungieren und Menschen wie mir den Weg dafür geebnet haben, einen Beitrag zur zivilgesellschaftlichen Debatte zu leisten, einen schönen Internationalen Tag der Frau am 8. März!

Madi Sharma

**Britisches Mitglied der Gruppe der ArbeitgeberInnen
EWSA**

WAHLBEOBACHTUNG: NEUES AUS WASHINGTON

Es war bereits das siebte Treffen einer internationalen Runde, die sich mit Grundsatzfragen von Wahlbeobachtung befasst. Sie fand Mitte November 2012 in Washington statt, und ich durfte für die Global Democracy Initiative, in der sich die Organisationen der ehemaligen Abgeordneten von USA, Kanada und dem Europäischen Parlament zusammengeschlossen haben, teilnehmen. Etwa fünfzig Sachverständige aus allen Teilen der Welt, von GDI auch Leo Duguay, der Vorsitzende der kanadischen Organisation, waren zu einem dichten Programm mit vielen Vorträgen über bisherige Wahlbeobachtungserfahrungen und Schlussfolgerungen für das künftige Vorgehen zusammengekommen. Aus naheliegenden Gründen waren Teilnehmer aus den USA und der Organisation Amerikanischer Staaten in grosser Zahl vertreten, aber auch die OSZE war reichlich präsent, denn sie wird nächstes Mal die gastgebende Organisation sein.

Diesmal war es die National Democracy Initiative, deren Vorsitzende die frühere US-Aussenministerin Madeleine K. Albright ist.

Sie war auch der Star des High Level Panels zum Auftakt der Veranstaltung im Capitol. Sie machte deutlich, dass internationale Wahlbeobachtungen zwar eine grosse politische Bedeutung haben, die Erfahrungen rund um den Wahltag aber nur eine Momentaufnahme darstellen. Demokratieförderung erfordert einen langen Atem. Damit vertritt sie die Richtung, die inzwischen auch vom Europäischen Parlament eingeschlagen wird. Die Koordinierungsgruppe zur Wahlbeobachtung im Europäischen Parlament hat ihre Aufgabe mittlerweile ausdrücklich um Demokratieförderung erweitert. Das gibt FMA die Möglichkeit, sich nicht auf den Wahltag zu kaprizieren, sondern die Chance in der nachbereitenden Demokratieförderung zu sehen. Denn dafür haben ehemalige Abgeordnete eher Zeit als amtierende Abgeordnete, die ihren Pflichten in den Sitzungsorten nachgehen müssen.

Elmar Brok, der Washington leider absagen musste, hat bei der Tagung gefehlt. Denn eine starke parlamentarische Stimme der europäischen Ebene hätte gut getan. Es sassen viele hoch gebildete, wissenschaftlich tätige, überwiegend junge Leute am Tisch, aber sie repräsentierten überwiegend nicht die praktischen politischen Erfahrungen von Parlamentariern. Eine Vertreterin des Carter Centers machte klar, dass es bei Wahlbeobachtungen nicht nur um durchaus wichtige formale Standards geht, sondern diese auch in ein diplomatisch-politisches Konzept eingebunden sein müssen, vor allem im Umgang mit Konfliktsituationen. Dazu hatte Brüssel noch gerade rechtzeitig ein schlüssiges Papier vorgelegt.

Immerhin war die Verwaltung des Europäischen Parlamentes mit Pietro Ducci vertreten, und zu meiner Überraschung trug ein Mann namens Domenico Tuccinardi von einem mir bis dahin unbekanntem EU/NEEDS Projekt bemerkenswerte Ergebnisse vor, sachkundig unterstützt von der Projektleiterin Gillian McGormack, über die Methode der europäischen Wahlbeobachtung, die Entwicklung von Qualitätsstandards für die Kommunikation der Missionen, die Ermittlung von Gender-Analysen etc. Allerdings wurde das Projekt Ende 2012 beendet. Seit Januar 2013 läuft ein neues Projekt mit der Bezeichnung EODS. Man sollte ein Auge darauf haben!

Die Vorbereitungsrounds für das nächste Treffen werden vom EP koordiniert. FMA sollte daran teilnehmen! Eine Lehre aus Washington ist, dass die OSZE und damit die OSZE -Länder einen überproportionalen Raum einnehmen. Die Entwicklungsländer, die ganz andere Rahmenbedingungen aufweisen, kommen zu kurz. In Kambodscha mussten die Materialien für die Wahllokale zum Beispiel in entlegene Gegenden mit Elefanten transportiert werden, und in Afrika gibt es nicht selten Open-Air-Wahllokale unter Bäumen, die Analphabetenraten sind zum Teil sehr hoch. Die Frage elektronischer Abstimmungen stellt sich da nicht. Sich mit diesen Problemen auszukennen, ist eine Stärke der EU.

Ein bisschen Zeit vor dem Rückflug blieb noch für einen Besuch im Liaison-Büro des Europäischen Parlamentes, eine Telefonkonferenz der GDI im Büro der Ehemaligen der USA, ein Gespräch in der deutschen Botschaft und mit deutschen Fernsehkorrespondenten über unser Engagement für Wahlbeobachtung und Demokratieförderung.

Karin JUNKER

PES, Deutschland (1989-2004)

karin.junker@t-online.de

DAS PROGRAMM „EP TO CAMPUS“ IM JAHR 2012

Den früheren Mitgliedern ist noch immer nicht ganz klar, wie das „EP-to-Campus“-Programm aufgebaut ist; in diesem Artikel wird daher die Grundstruktur des Programms dargelegt.

Im Jahr 2012 haben wir dreizehn verschiedene Gastdozenten an dreizehn Universitäten in zehn europäischen Ländern und nach Marokko gesendet; vier Länder waren EU-Mitgliedstaaten und die übrigen Drittländer.

Das Programm ist als Jean-Monnet-Programm der Europäischen Kommission anerkannt und die Universitäten können Fördermittel für ihre Kosten beantragen. Wenn Sie einen Gastdozenten einladen möchten, stellen Sie bei der VEM des Europäischen Parlaments einen Antrag; da unsere Mittel allerdings nicht unbegrenzt sind, bemühen wir uns, die Anträge zu streuen, damit eine breite Palette an Themen und Ländern abgedeckt wird.

Wir haben eine Datenbank, in die sich die Mitglieder gerne eintragen lassen können, und in der die wichtigsten Themenbereiche des Fachwissens der Mitglieder aufgeführt sind. Wir fragen die Universitäten nach ihren genauen Vorstellungen, gleichen dies mit der Datenbank ab und senden allen interessierten Personen eine E-Mail mit der Frage, ob sie an den entsprechenden Vorlesungen interessiert sind.

Aus Gründen, die auf der Hand liegen, setzen wir eine Frist, dann sehen wir uns die Bewerber nach der Reihenfolge des Eingangs an, ob sie voraussichtlich qualifiziert sind, Vorlesungen in dem jeweiligen Bereich zu halten; darauf versuchen wir, zu entbündeln, damit kein Interessent im Jahr 2012 zwei Vorlesungsreihen durchführt, wir senden der jeweiligen Universität alle Namen und fordern sie auf, den Interessenten ihrer Präferenz zu wählen.

Der VEM kommt für die Flugkosten der Economy-Klasse und für grundlegende Kosten auf, damit sich die Teilnehmer finanziell nicht übernehmen; allerdings sind wir nicht in der Lage, Tagegelder zu zahlen, die eine Art Mehrwert darstellen. Wir ermutigen die Universitäten stets, ebenfalls einen Teil der Kosten zu übernehmen.

Wir bitten darum, dass die Mitglieder abgeholt werden, ihnen eine Unterkunft besorgt wird und sie zum entsprechenden Flughafen zurückgebracht werden. Die Mitglieder machen aus ihrem Programm sodann das Beste; und nach Ende ihres Aufenthalts bitten wir sowohl die Mitglieder als auch die Universitäten um ein Feed-back, da wir hieraus für die Zukunft lernen können.

Bei dem „EP-to-Campus“-Programm handelt es sich nunmehr um einen festen Bestandteil der Maßnahmen des VEM und ich freue mich, dass ich in den letzten Jahren mit seiner Betreuung beauftragt war, und hoffe, dass es weiter ausgebaut wird. Wer das Programm finanziell fördern möchte: Wir verfügen über einen

zweckgebundenen Haushalt, in den eingezahlt werden kann; dies unter der Maxime, dass die Mittel ausschließlich für „EP-to-Campus“-Zwecke verwendet werden.

Richard Balfe

PES (1979-2002), EPP-ED (2002 - 2004)

Vereinigtes Königreich

richard.balfe@balfes.com

Vortragsreise in die Ukraine – Christine Oddy

Meine erste Reise in die Ukraine im Jahr 2009 war zum einen eine Kreuzfahrt mit den Stationen Krim und Odessa, weiter auf dem Dnjepr und auf der anderen Seite eine VEM-Studienreise. Auf der faszinierenden Reise sah ich zahlreiche Kirchen mit vergoldeten Zwiebeltürmen und großzügige grüne Parks in Odessa. Moscheen und Schulen, die Tataren auf der Krim, ihrer ehemaligen Hochburg, auf die sie nach der Vertreibung unter Stalin zurückgekehrt sind, wieder aufgebaut haben.

Die Ukraine ist ein westorientiertes Land, das eine mögliche EU-Mitgliedschaft anvisiert, sich im Osten nach Zentralasien, aufgrund der gemeinsamen sowjetischen Geschichte im Norden nach Russland und im Süden in Richtung Türkei und Mittelmeer orientiert. Das Ukrainische, die offizielle Sprache des Landes, verwendet eine modifizierte Form des russischen Alphabets, das Land verfügt über eine eigene Literatur, aber viele Bewohner sprechen Russisch oder sind russischer Abstammung. Diese Mischung hat mich fasziniert, und ich habe für die VEM zwei Vorträge gehalten, und zwar in Kiew und in Mykolayiv, einem in der Südukraine, am Fluss Bug gelegenen Zentrum der Werftindustrie, das von Katharina der Großen gegründet wurde.

Die Einladung wurde durch Roman Petrow, den Präsidenten des ukrainischen Verbands für Europastudien und Professor für Europastudien an der nationalen Mohyla-Universität in Kiew erweitert. Bei dieser Hochschule handelt es sich um die erste Universität der Ukraine, die geschlossen war und nach der Unabhängigkeit des Landes wieder eröffnet wurde. Der Lehrbetrieb findet in ukrainischer und englischer Sprache statt. Ich hielt vor seinen Studenten einen Vortrag über die Unionsbürgerschaft, hieran hat sich eine anspruchsvolle Diskussion über eine breite Palette von Fragen angeschlossen. Ich war beeindruckt, wie wissbegierig die Studenten waren und wie sehr sie das politische Geschehen verfolgen.

Der Schwerpunkt meines Vortrags lag auf der Bedeutung des Friedens bei der europäischen Integration; die Europäische Union wurde ja gerade mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Ich hob die Grundsätze aus Artikel 2 – Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte – hervor. Ich erläuterte, dass jeder, der die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes besitzt, automatisch EU-Bürger ist. Dies ergänze die nationale Staatsbürgerschaft. Die Unionsbürgerschaft umfasse das Recht, sich in der Europäischen Union frei zu bewegen, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäische Parlament und den Kommunalwahlen sowie das Recht auf diplomatischen oder konsularischen Schutz in Drittländern. Es umfasse das Recht, beim Europäischen Parlament Petitionen einzureichen. Ich erläuterte mein

Engagement für eine Petition zum Tierschutz, die zu einer Vertragsänderung führte; Tiere würden nunmehr als empfindsame Wesen anerkannt. Schließlich legte ich das Recht auf Gleichbehandlung gemäß Artikel 18 dar.

Da ich seit meiner Studienzeit, als ich mit Nachtzügen nach München, in das (damalige) Leningrad und Kopenhagen gefahren bin, nicht mehr über Nacht gereist bin, bestieg ich den Nachtzug von Kiew nach Mykolayiv mit etwas Unbehagen. Roman Petrow und mir schlossen sich zwei deutsche und zwei ukrainische Gastdozenten an, wir teilten uns zwei Zugabteile. Meine beiden charmanten Gastgeber hätten nicht ritterlicher sein können, so sehr bestanden sie darauf, mein Bett zu machen. Wie schade nur, dass sie die Decke vergessen haben!

Die Fahrt mit dem Bus weiter nach Odessa dauerte vier Stunden, dort wurde uns ein Brunch serviert, und gleich darauf begann die Konferenz zu modernen Unterrichts- und Forschungsmethoden bei Europastudien und einschlägigen Erfahrungen auf internationaler Ebene und in der Ukraine.

Konferenzort war der Lesesaal der Petro Mohyla Black Sea State University; die Veranstaltung wurde durch Beiträge des Bürgermeisters Volodymr Chaika, des Rektors Leonid Klymenko und Präsident Roman Petrow eröffnet.

Ich hob hervor, dass das Studienangebot ausgedehnt würde, dass Studenten mobiler würden, dass die Finanzierung von Studentenaustauschprogrammen verbessert würde und illustrierte den Bologna-Prozess am Beispiel dreier Studenten: Sarah, die in Reading Humangeographie liest, verbrachte drei Monate in Groningen (Niederlande) und forschte über Gesundheitsfragen in EU-Ländern (insbesondere Spanien und den Niederlanden); Grace, die an der UCL europäische Sozial- und Politikwissenschaft studiert, verbrachte ihr drittes Studienjahr an der Sorbonne und arbeitete an ihrer Doktorarbeit zu Städtepartnerschaften; Becky, die an der Universität Leeds Spanisch und Portugiesisch studiert, verbrachte ein Semester in ihrem zweiten Studienjahr in Spanien und ihr drittes Studienjahr in Lissabon (Portugal). Alle hatten Erasmus-Stipendien. Valerio Trabandt, ein Gastdozent der Bosch-Stiftung, gab anschließend einen umfassenden Überblick über Europastudien.

Zum Ende der Konferenz waren wir bereits beste Freunde und stießen im Nachtzug nach Kiew mit Bier an.

Christine ODDY

PES, Vereinigtes Königreich (1989-1999)

christinemoddy@yahoo.co.uk

IM UNTERRICHT ÜBER EUROPA MIT DEN STUDENTEN AUS CLUJ

Sehr gerne habe ich die Einladung der Dozenten und Studenten der Universität Cluj im wunderschönen Transsilvanien angenommen:

Im Rahmen des „EP to Campus“-Programms hat diese renommierte Hochschule eine hochinteressante Veranstaltung über die Rolle und die Bedeutung subnationaler und privater Akteure im Kontext der europäischen Entwicklung organisiert. Nach dem wunderbaren Empfang in dieser malerischen Stadt mit ihrer bedeutenden Kultur und

Geschichte bot die Begegnung mit den Studenten tatsächlich eine günstige Gelegenheit zu Dialog und Diskussion. In die Diskussion konnte ich meine Erfahrung als Abgeordneter des Europäischen Parlaments (2004-2009) ebenso wie jene in der lokalen Verwaltung aufgrund der mehr als zehnjährigen Amtstätigkeit als Bürgermeister meiner Heimatstadt Tolfa einbringen. Auch dank der Anwesenheit verschiedener Vertreter der lokalen Verwaltungsbehörden war es nützlich und förderlich, die Bedeutung der subnationalen Verwaltungseinheiten (Kommunen, Provinzen und Regionen) bei der Planung und in den Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft zu betonen. Die Vorrechte der subnationalen Akteure wurden durch Lissabon weiter ausgebaut, indem deren Rolle durch die vorgesehenen Subsidiaritätsmechanismen und Transparenzmaßnahmen deutlich gestärkt wurde.

Die Europäische Union wird ihren Kampf um die Zukunft gewinnen, wenn sie es schafft, die Förderung und Wertschätzung der zahlreichen Schönheiten und Besonderheiten der Mitgliedstaaten mit der Notwendigkeit einer immer weiteren Stärkung des Bewusstseins in Einklang zu bringen, dass wir inzwischen in jeder Hinsicht Teil eines unauflösbaren Projekts sind - ein Projekt, das 28 Staaten und eine halbe Milliarde Bürger und Bürgerinnen in einem einzigartigen und inzwischen grenzfreien Raum miteinander verbindet.

Wir haben auch die Chancen und Möglichkeiten diskutiert, welche die Teilnahme Rumäniens an diesem europäischen Weg bietet, und es war schön zu sehen, welches Vorwissen die Studenten zu diesen Themenkomplexen mitbrachten und welches große allgemeine Interesse sie an den Zukunftsaussichten unserer Union hatten. Ich habe versucht, den jungen Menschen zu erklären, dass die Auseinandersetzung mit Europa unverzichtbar ist, denn Europa beschäftigt sich täglich mit jedem von ihnen: In Brüssel und Straßburg werden, insbesondere nach Lissabon, die Leitlinien und Politiken festgelegt, die den Alltag der Bürger und Bürgerinnen in allen Mitgliedstaaten bestimmen werden.

Sehr wichtig waren außerdem die Treffen mit den lokalen Vereinigungen, mit dem „Ratiu“ – Zentrum für Demokratie, mit den Studentenorganisationen, den NRO, die sich mit Europa beschäftigen, und vor allem der Besuch der Oberschule „Gheorghe Lazar“. Nach einer Unterrichtsveranstaltung für die Schüler habe ich in dieser Einrichtung die Grundlage für eine Partnerschaft und Zusammenarbeit im Rahmen des „Comenius“-Projekts mit einer italienischen Oberschule in Civitavecchia (Rom) geschaffen.

Diese kleinen Gesten von Freundschaft und Gemeinsamkeit sind ein Zeichen der Hoffnung für eine Zukunft der Integration, die nicht mehr aufgeschoben werden darf. Nach über 50 Jahren ist nun wirklich der Moment gekommen, die Ärmel hochzukrempeln und ein soziales und politisches Europa der Bürger zu schaffen. Initiativen wie die der Universität von Cluj leisten hierzu in jedem Fall einen Beitrag.

Alessandro BATTILOCCHIO
PES, Italien (2004-2009)
sindacobattilocchio@libero.it

FMA-GASTDOZENTUR IN PERM, RUSSLAND:12. - 17. NOVEMBER 2012

Es gibt zwei wichtige Einwände gegen Charles de Gaulles berühmte Idee eines „Europas vom Atlantik bis zum Ural“. Die Briten würden einwenden, dass der gute General sicherlich die französische Atlantikküste und nicht die der britischen Inseln meinte; und die Russen würden einwenden, dass die Einheit Europas nicht auf Kosten eines vereinigten Russlands erfolgen dürfe. Europa mag am Ural enden, Russland jedoch nicht. Perm liegt auf dem 58. Breitengrad und beansprucht damit für sich, die am östlichsten gelegene Stadt Europas zu sein und möchte gerne, „Europäische Kulturstadt“ werden.

Dieser Anspruch hat sicherlich seine Berechtigung. Nach dem Ende der Sowjetzeit konnte sich Perm wieder auf zwei seiner berühmtesten Einwohner berufen: Sergei Djagilew und Boris Pasternak.

Die Familie von Sergei Djagilew, dem Gründer der „Ballets Russes“, stammte aus Perm. Sein Geburtshaus wurde in ein Konzerthaus umgewandelt und beherbergt heute die Musica Aeterna, ein weltweit agierendes Musikinstitut, an dem Experten tätig sind, die Konzerte auf originalen und rekonstruierten Instrumenten geben. Ich hatte die Gelegenheit, an einer Konferenz über „minimalistische“ Kammer- und Chormusik teilzunehmen.

Die Oper und das Ballett in Perm, die damals bereits sehr bekannt waren, erlebten einen weiteren Aufschwung, als die staatliche Ballett- und Opern Akademie während des Zweiten Weltkriegs aus Leningrad nach Perm evakuiert wurde und viele der Künstler und Mitarbeiter nach dem Krieg in Perm blieben.

Boris Pasternak, der den Nobelpreis für Literatur erhielt, verbrachte einige Zeit in Perm und verewigte die Stadt als das fiktive „Juryatin“ in seinem Roman „Dr. Schiwago“. Meine Gastgeber wiesen mich stolz auf die von Boris Pasternak beschriebenen Szenen hin. In dem Park vor der Oper und neben dem in „Dr. Schiwago“ beschriebenen Handelsklub steht heute eine Statue Boris Pasternaks, die jedoch von einer großen Leninstatue etwas überschattet wird. Spuren von Wjatscheslaw Molotow, nach dem Perm in der Sowjetzeit benannt war, sucht man jedoch vergeblich.

Während des Krieges wurde nicht nur der Kulturbetrieb nach Perm verlegt. Auch die bereits stark vertretene Waffenindustrie erlebte einen Aufschwung, als die sowjetische Regierung die Munitionsproduktion so weit wie möglich von der Front weg nach Perm verlagerte, wo große Teile davon geblieben sind. Aufgrund dieser Entwicklung wurde Perm während des Kalten Kriegs zu einer „geschlossenen Stadt“. Die Stadt war für Ausländer geschlossen und es gab Reisebeschränkungen für Sowjetbürger. Nachdem sich die Lage entspannt hatte, war einer der ersten offiziellen Besucher, der zur Überprüfung des Atomwaffenabbaus kam, ein junger US-Senator namens Barak Obama.

Wie in vielen Städten in Europa, ist die Umstrukturierung der Schwerindustrie in Perm nach dem Protektionismus des Kalten Kriegs schwierig. Die Folgen des zunehmenden globalen Wettbewerbs infolge der Aufnahme Russlands in die

Welthandelsorganisation (WTO) dringen nur langsam bis nach Perm durch, aber kommen werden sie gewiss.

Ich wurde von der staatlichen Hochschule für Wirtschaft (HSE) eingeladen, ein in Moskau ansässiges Forschungsinstitut, das Außenstellen in St. Petersburg, Perm und Nischni Nowgorod hat. Die HSE wurde in den frühen 1990er Jahren gegründet, um den Wandel in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, vornehmlich in den Fächern Wirtschaft und Politik, von sowjetisch hin zu europäisch geprägten wissenschaftlichen Disziplinen voranzutreiben. Auf dem Campus von Perm stehen vor allem die angelsächsischen wissenschaftlichen Methoden der politischen Ökonomie im Mittelpunkt.

Ich habe eine Reihe von Vorlesungen und Seminaren zu den Themen „Geschichte und Entwicklung der EU“, „EU-Erweiterung“ und „Beziehungen zwischen der EU und Russland“ gehalten und der lokalen Presse und dem örtlichen Fernsehen einige Interviews gegeben. Außerdem nahm ich an einer regen Frage-und-Antwort-Runde mit dem regionalen Jugendparlament teil. Einerseits fand ich erfreulicherweise ein Forum vor, in dem junge Menschen lernen und an Debatten teilnehmen können, was jedoch andererseits durch die Erkenntnis getrübt wurde, dass solche Plattformen zu einem Sprungbrett für Karrieristen werden können.

Wie andernorts in Russland war ich beeindruckt von der Ernsthaftigkeit, mit der sich russische Wissenschaftler bemühen, die verlorene Zeit während der Unterdrückung durch das Sowjetregime aufzuholen. Sie treten der EU informiert und mit einer gesunden Skepsis gegenüber, wohl wissend, dass das aufstrebende Russland das politische, wirtschaftliche und kulturelle Gewicht besitzt, um als gleichwertiger Partner aufzutreten.

Michael Hindley

EP TO CAMPUS: BESUCH DER STAATLICHEN UNIVERSITÄT FÜR MANAGEMENT DONEZK – UKRAINE.

Die Staatliche Universität Donezk bat um die Teilnahme eines ehemaligen MdEP an einem Seminar zum Thema „Hochschulbildung innerhalb und außerhalb der EU“ und so erhielt ich eine Einladung, im Rahmen des Programmes EP to Campus an diesem Seminar teilzunehmen und einen Vortrag zu halten. Ich reiste zum ersten Mal in die Ukraine und obwohl die Hinreise recht mühevoll war – in drei Etappen über Warschau und Kiew nach Donezk – hatte ich so die Gelegenheit, mich ein wenig mit der Geografie des Landes vertraut machen.

Das Seminar, das gänzlich auf Englisch gehalten wurde, wurde von Mitarbeitern und Studierenden der Universität sowie von Vertretern des Stadtrates von Donezk und des ukrainischen Verbandes für europäische Studien (Ukrainian Association of European Studies) besucht. Ich war der Hauptredner und in Absprache mit der Universität sprach ich über die schrittweise Entwicklung und Ausweitung der EU-Programme für allgemeine und berufliche Bildung, von der Entstehung Mitte der 1980er Jahre bis zu

den neuesten Vorschlägen der Kommission zum Programm Erasmus für alle, das im Jahr 2014 mit einem Budget von 19 Mrd. Euro starten soll.

Ein weiterer Redner war der Universitätsdirektor für Internationale Beziehungen, der ausführlich die wachsende internationale Vernetzung mit Mitgliedsländern der EU und benachbarten Staaten beschrieb. Besonders interessant waren Vorträge zweier Studierender der Universität, die über ihre Erfahrungen während Auslandsaufenthalten an polnischen und türkischen Hochschulen sprachen sowie der Beitrag eines tschechischen Studenten, der sich im Rahmen eines Austausches in Donezk aufhielt.

Die Universität Donezk wurde vor gerade einmal zwanzig Jahren gegründet, der Ausbau der internationalen Beziehungen, insbesondere mit der EU, ist ihr ein besonderes Anliegen. Vor kurzem wurde sie von der Europäischen Kommission als Jean-Monnet-Forschungszentrum anerkannt. Obwohl die Universität noch nicht lange besteht, hat sie bereits ein großes Museum zu ihrer Geschichte und Entwicklung, das ich im Rahmen einer Führung besuchen konnte. Wie der Name schon sagt, liegt der Schwerpunkt bei den Studiengängen deutlich auf Wirtschafts- und Finanzmanagement sowie Betriebswirtschaftslehre und die Hochschulabsolventen haben die Möglichkeit, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region Donezk zu leisten.

Am zweiten Tag meines Besuches nahm ich an einer Fragerunde mit rund 30 bis 40 Masterstudenten mit dem Hauptfach Europäische Studien teil. Ich war nicht nur von ihren guten Englischkenntnissen sehr beeindruckt, sondern auch von ihrem Interesse an der EU und ihrem Wunsch, europäische Länder zu besuchen und mehr über sie zu erfahren. Sie wollten alles wissen, was ich ihnen zur Situation junger Menschen in anderen EU-Mitgliedsstaaten und insbesondere in Großbritannien berichten konnte, zu den Studienmöglichkeiten, den Kosten und den Berufsaussichten. Ich bemühte mich um eine möglichst realistische Darstellung, die die positiven Aspekte, aber auch die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen sowie die Wohnungs- und Finanzprobleme abdeckte. Mit großem Interesse erkundigten sie sich nach der Möglichkeit eines EU-Beitritts der Ukraine, gleichzeitig waren ihnen die damit einhergehenden Schwierigkeiten und die Tatsache bewusst, dass der Beitritt noch in weiter Ferne liegt.

Vor meiner Abreise erhielt ich noch eine kurze Stadtführung durch Donezk. Auf ihr neues, für die Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2012 gebautes Stadion sowie auf den zur gleichen Zeit erbauten Flughafen sind die Menschen sehr stolz. Ich war von der Tatsache fasziniert, dass es trotz des klaren Bekenntnisses der Ukraine zur Entwicklung einer soliden Marktwirtschaft immer noch einen Leninplatz und eine große Statue von Lenin gibt.

Seit meiner Rückkehr habe ich die Universität Donezk bei dem Aufbau eines Netzwerkes mit Universitäten im Vereinigten Königreich unterstützt, indem ich den Kontakt zu den Mitarbeitern zweier Universitäten im Westen von London hergestellt habe, mit denen mich ein langjähriges Engagement verbindet; beide Universitäten nehmen derzeit ukrainische Studierende auf.

Michael Elliott
PES, Vereinigtes Königreich (1984-1999)

michaelelliott847@btinternet.com

MAROKKO, EIN POL DER STABILITÄT IM UNRUHIGEN MAGHREB

Wir sind dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Parlaments dafür, dass er das Programm CAMPUS ins Leben gerufen hat, zu Dank verpflichtet. Die Besonderheit dieses Programms besteht darin, ehemalige Abgeordnete zu bitten, die Erfahrungen, die sie in den europäischen Institutionen gesammelt haben, mit jungen Studenten aus Drittländern zu teilen, für die der Aufbau der Europäischen Union ein echter Maßstab ist und die sich um eine Vertiefung ihrer partnerschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union bemühen.

Es war eine besonders erfolgsversprechende Initiative. Und sie ist es heute für die Länder, in denen ein politischer Wandel, ja ein Umbruch stattfindet, und die sowohl im Inneren als auch bei ihren Beziehungen zu ihren Nachbarn Wege für die Zukunft suchen, umso mehr. Sie wollen sich häufig von der Entwicklung inspirieren lassen, die die Staaten Europas in nur wenigen Jahrzehnten hin zu Frieden und organischer Solidarität durchlaufen haben, nachdem sie den wiederkehrenden Kriegen, die sie zerrissen und zugrunde gerichtet hatten, endgültig ein Ende gesetzt hatten.

Dies ist in Marokko der Fall, ein Land, das gegen die Woge des „arabischen Frühlings“, der über Tunesien, Libyen oder auch Ägypten hereingebrochen war und der sicherlich vielversprechend, aber auch mit erheblichen, die Zukunft betreffenden Unsicherheiten verbunden ist, ebenfalls nicht gefeit war. Dank seiner Kultur und dank der Reformen, die weitgehend einvernehmlich vereinbart wurden – auch wenn die Umsetzung einiger dieser Reformen noch auf sich warten lässt –, konnte Marokko seine Stabilität aufrecht erhalten und ist nach wie vor das Land im Maghreb, das am meisten Wert auf freundschaftliche und partnerschaftliche Beziehungen zur Europäischen Union legt.

Im Rahmen des CAMPUS-Programms reiste ich auf Einladung der Universität Hassan II in Casablanca im November 2012 nach Marokko, um einige Vorträge zu halten und an einer Reihe von Treffen teilzunehmen. Als ich damals die Ehre hatte, dem Europäischen Parlament als Präsidentin vorzustehen, war Marokko das erste Land außerhalb Europas, das ich für einen offiziellen Besuch auswählte, um das Interesse zu untermauern, das die Union – und nicht nur Frankreich oder Spanien – diesem Land und dem gesamten südlichen Mittelmeerraum, der so reizvoll aber auch politisch instabil ist, entgegenbringt.

Von den Eindrücken, die ich bei diesem erneuten Aufenthalt gesammelt habe, möchte ich insbesondere auf zwei kurz eingehen.

Erstens hat mich der Wissensdurst der Studenten beeindruckt, die sehr zahlreich zu dem Vortrag erschienen sind, den ich gebeten wurde zu halten. Dieses große Interesse galt insbesondere der Geschichte der Union, ihren Institutionen, ihrer Art der Entscheidungsfindung, den aktuellen und künftigen Herausforderungen und den Beziehungen der Union zu Ländern, die ihr nicht angehören. Ein dauerhaftes Angebot entsprechender Hochschulkurse würde in Marokko zahlreiche Interessenten finden.

Zweitens umfasste das Programm zahlreiche Treffen mit Verantwortlichen der wichtigsten Institutionen des Landes, die sowohl in Casablanca als auch in Rabat stattfanden. In einem von ehrlicher Freundschaft und Höflichkeit geprägten Klima war die Botschaft immer die gleiche: Eine erneuerte Zusammenarbeit wäre für den Erfolg der laufenden Reformen in Marokko und für die politische Stabilität, die man sich davon erwartet und die von strategischer Bedeutung ist, sehr wichtig. Die mit der Schaffung der Union für den Mittelmeerraum verbundenen Hoffnungen wurden weitgehend enttäuscht; die Gründe hierfür sind sicherlich vielfältig, sie zeigen jedoch, dass eine neue, umfassende Partnerschaft notwendig ist, die sowohl Europa als auch dem Mittelmeerraum Vorteile bringt und es ihm ermöglicht, den aufstrebenden Wirtschaftsriesen, deren Wirtschaftsmacht seine eigene um Längen übersteigt, geschlossen die Stirn zu bieten. In dieser Hinsicht bildet Marokko einen Pol der Stabilität in einem unruhigen Maghreb – dies ist jedoch sehr fragil. Marokko zählt auf Europa.

Nicole Fontaine
EPP-ED, Frankenreich (1984-2002; 2004-2009)
nfontaine@aol.com

DAS PROGRAMM „EUROPEAN PARLIAMENT TO CAMPUS IM KROATIEN“

Kroatien ist eine der beiden größten Volkswirtschaften der westlichen Balkanländer. Das Land ist sehr offen und hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der Region.

Die noch immer andauernde globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2007 begann, hatte einen großen Einfluss auf die kroatische Wirtschaft. Die Konjunktur ist stark gesunken, da der Rückgang der Auslandsnachfrage von einer Kreditklemme im Inland begleitet wurde.

Die tief greifenden strukturellen Probleme des Landes wurden noch nicht vollständig gelöst.

Die Kapitalflüsse in das Land stiegen im Jahr 2011 beträchtlich an, so dass der während der Krise herrschende Abwärtstrend umgekehrt wurde. Trotzdem bleiben die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in Kroatien deutlich unter dem Niveau vor der Krise.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation in Kroatien, des gesetzlichen Rahmens, der vorrangig zu behandelnden Politikbereiche sowie der allgemeinen Entwicklungen und Mechanismen zur Wachstumsförderung in der EU, hatte ich Gelegenheit, mit den Studierenden der Fächer Europäisches Marktrecht und Europäisches Unternehmensrecht an der Fakultät für Volks- und Betriebswirtschaft der Universität Zagreb am 29. und 30. November 2012 zu diskutieren. Die beiden folgenden Themen wurden bei den Diskussionsrunden behandelt: „Instrumente zur Wachstumsförderung auf EU-Ebene“ und „Wichtige Erkenntnisse für die KMU-Politik in Kroatien“.

Wir analysierten den „Small Business Act“ anhand seiner zehn Grundsätze auf regionaler Ebene, die Folgendes umfassen: Ausbildung zum Unternehmertum und

Unternehmertätigkeit bei Frauen; Insolvenz und zweite Chance nach unternehmerischen Misserfolgen; Rechtsrahmen der KMU-Politik; Unternehmensumfeld für KMU; Unterstützung für KMU und Start-ups; öffentliches Beschaffungswesen und Nichtdiskriminierung von KMU; Zugang zu Finanzierungsmitteln für KMU; handelsbezogene gesetzliche Regelungen; KMU in einer grünen Wirtschaft und Internationalisierung von KMU.

Im Rahmen der Diskussion wurden Fragen zu den Anforderungen für die Börsennotierung und zur Erleichterung des Zugangs zu Kapital für KMU trotz des kleinen Markts und der wenigen institutionellen Investoren angesprochen, was typisch für die westliche Balkanregion ist.

Wir diskutierten ebenfalls die Rolle der Institutionen beim Umgang mit den Herausforderungen während der finanziellen Turbulenzen und der Wirtschaftskrise und welche Maßnahmen die EU zur Ankurbelung des Wachstums ergriffen hat. Die Fragen der Studierenden bezogen sich auch auf den EU-Beitritt Kroatiens im nächsten Jahr und die Kompatibilität der Wirtschaft sowie ihre Schockresistenz. Die Studierenden interessierten sich ebenfalls für die Strategie der EZB. Abschließend wurden Themen aus den Bereichen EU-Gesetzgebungsverfahren und Gestaltung der EU-Agenda behandelt.

Mariela Baeva

ADLE, Bulgarien (2007-2009)

mariela.baeva@nanotech-oecdpartner.eu

PROGRAMM „EP TO CAMPUS“: DIE NATIONALE WASSYL-NASAROWYTSCH-KARASIN-UNIVERSITÄT CHARKIW SUCHT EUROPÄISCHE PARTNER

Bei der Erkundung ihres Museums oder ihrer Bibliothek, in der etwa 3,5 Millionen wissenschaftliche Werke verwahrt werden, erahnt man die historische Bedeutung dieser zwei Jahrhunderte alten Universität, die zu den ältesten in Osteuropa zählt. Sie wurde auf Initiative des berühmten Gelehrten Wassyl Nasarowytsch Karasin gegründet und hat gewiss dazu beigetragen, dass sich die Region um Charkiw zu einem bedeutenden wissenschaftlichen, industriellen und kulturellen Zentrum in der Ukraine entwickelt hat.

Mit der Nationalen Universität Charkiw verbindet man die Namen weltbekannter Wissenschaftler, darunter die drei Nobelpreisträger Ilja (Iljitsch) Metschnikow (Physiologie und Medizin), Semjon (Abramowitsch) Kusnez (Wirtschaftswissenschaften) und Lew (Dawidowitsch) Landau (Physik). An der Universität widmet man sich praktisch allen Bereichen der modernen Grundlagenforschung und beteiligt sich erfolgreich an der internationalen Zusammenarbeit, besonders als Partner im Bologna-Prozess, als Gründungsmitglied des Verbands eurasischer Hochschulen und als Mitglied europäischer Hochschulverbände.

Seit kurzem gibt es eine Abteilung für die Entwicklung und Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Lernmobilität der Studierenden, der Akademiker und der Wissenschaftler, wobei dem neuen Zentrum mit Schwerpunkt

auf Förderung alternativer Energiequellen und auf Energieeffizienz dabei eine Sonderrolle zukommt. Vor diesem Hintergrund bat mich Professor Stanislaw Ignatjew, der Leiter der Abteilung, zu den Studierenden zu sprechen, um ihnen die Fortschritte zu erläutern, die in diesem Bereich durch die Maßnahmen der EU erzielt werden konnten.

Ich legte den Studierenden in aller Kürze die Arbeitsweise der EU-Organe und die Rolle des Parlaments im Rechtsetzungsverfahren der EU dar und äußerte mich anschließend zum 2008 vereinbarten Energie- und Klima-Plan sowie zur Strategie Europa 2020, die der Bewältigung der Folgen des Klimawandels und der Umsetzung der europäischen Energiepolitik dienen. Die Studierenden zeigten sich gegenüber den Themen Energieeinsparungen und Förderung umweltfreundlicher Energieträger besonders aufgeschlossen, insbesondere im Rahmen der Energiepolitik ihres Landes, die wie in Europa auf die Kontrolle und die Diversifizierung der eigenen Versorgung ausgerichtet ist.

Professor Stanislaw Ignatjew hat im Übrigen die Installation einer Photovoltaikanlage, einem Pilotprojekt zu Bildungs- und Demonstrationszwecken, auf dem Dach der Universität veranlasst. Sie wurde während meines Aufenthalts im Anschluss an eine Konferenz über das Potenzial der erneuerbaren Energieträger in der Region um Charkiw an das Stromnetz angeschlossen.

Außerdem bot mein Besuch die Gelegenheit zu einem Treffen mit gewählten Vertretern der Studentenschaft, die sich für die Rechte der Studierenden einsetzen, an der Ausarbeitung der Studienpläne mitwirken, kulturelle und karitative Veranstaltungen organisieren und überdies ihr eigenes Internet-Fernsehen entwickelt haben. Zum Abschluss war ein Termin mit den Vertretern nichtstaatlicher Organisationen vorgesehen. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Jugendverbände und um Vereinigungen zur Stärkung der sozialen Solidarität und zur Unterstützung mittelloser Personen und Familien. Es fand ein gegenseitiger Austausch unserer entsprechenden Erfahrungen statt. Die ukrainischen Vereinigungen äußerten besonderes Interesse an den in Frankreich durchgeführten Projekten sowie an der Zusammenarbeit und am Austausch mit europäischen Vereinigungen, um den Wert ihrer Vorhaben zu steigern und ihre Maßnahmen zu etablieren.

Im Gedächtnis behalte ich von all diesen Begegnungen ganz besonders die Anliegen des Vizerektors Saryf Nasyrow, der sich für die Erleichterung des Austauschs mit den europäischen Hochschulen und die Ausrichtung der Lehre auf die Bedürfnisse des Marktes aussprach, um seinen Studierenden eine stabile berufliche Zukunft in einer umweltfreundlichen Gesellschaft in Aussicht stellen zu können. Diesen Ansatz sollte die Europäische Union unterstützen.

Anne Laperrouze
ELDR, Frankreich (2004-2009)
al.puylaurens@free.fr

IST ES AN DER ZEIT, WIEDER IN DEN RING ZU STEIGEN?

Ich trat 2002 in den Ruhestand, nachdem ich von 1979 bis 1989 Abgeordneter des Europäischen Parlaments sowie davor fünf Jahre lang und danach weitere acht Jahre lang Beamter bei der Europäischen Kommission gewesen war. Meine Zeit widmete

ich fortan meiner Heimatstadt Liverpool und der Bewerbung ihrer Kulturschätze. Inzwischen zieht sie, seit sie im Jahr 2008 Kulturhauptstadt Europas war, mehr internationale Besucher an als Oxford, York, Windsor und Bath. Ist nun der Zeitpunkt gekommen, sich als Fürsprecher der Europäischen Union und der Mitgliedschaft Großbritanniens erneut für Europa zu engagieren?

Die Eurokrise hat die Mitgliedstaaten in Lager gespalten. Die Deutschen sehen nicht ein, weshalb sie die faulen und korrupten Griechen oder die verschwenderischen Italiener und Spanier unterstützen sollten, obwohl sie selbst, ebenso wie Frankreich, 2003 gegen die Defizitregeln verstießen. Die Griechen werfen den Deutschen „Imperialismus“ vor und erwarten von allen anderen Hilfe. Die Briten sind nicht bereit, irgendjemandem großartig zu helfen. Ich übertreibe hier nur geringfügig. Wer sieht es als seine Aufgabe an, diesen Ländern zu sagen, dass sie die EU BRAUCHEN? Die Deutschen brauchen den Euro, um ihre Exportpreise niedrig zu halten. Großbritannien benötigt die EU, um seinen politischen Interessen in der Welt mehr Gewicht zu geben. Einige Peripherieländer sind auf die EU als Geldquelle angewiesen. ALLE Mitgliedstaaten brauchen den Binnenmarkt für Waren und würden langfristig von einem Binnenmarkt für Dienstleistungen profitieren, wenn es ihn gäbe. Die Kommission fordert unterdessen eine kräftige Erhöhung ihres Budgets, so als hätte sie von der Krise noch nichts mitbekommen.

Aber wer in der Führungsriege der EU nennt die Dinge beim Namen? Ja, die Kommission tut es. Aber die Mitglieder des Rates spielen ihr gewohntes Spiel der Verteidigung eigener nationaler Interessen (ein an sich legitimes Anliegen!) weiter, übersehen dabei jedoch, wie wichtig es ist, dass die Union als Ganzes einen erfolgreichen Weg geht (sehr schädlich!). Und was ist mit dem Präsidenten des Rates und dem Hohen Vertreter ...?

In Großbritannien scheint kein hochrangiger Politiker willens, unseren Platz in Europa zu verteidigen. Die Konservativen schwingen Reden von Großbritannien im Zentrum Europas und sperren sich im selben Atemzug gegen fast alle Vorschläge der EU, unter anderem auch gegen neue Regeln, die gierige Banker in die Schranken weisen sollen. In den Medien wird die EU durch die Verbreitung von lückenhaften oder unzutreffenden Informationen, die fast schon an glatte Lügen grenzen, systematisch kritisiert, geradezu verteufelt (die BBC ist da keine Ausnahme). Ein zukünftiger Beitritt Großbritanniens zu einem vernünftig durchdachten Euro findet keine Fürsprecher.

Was können wir ehemaligen Mitglieder tun? Wir können uns positiv in Zeitungen und im Internet äußern und Fehler, Halbwahrheiten und Lügen in den Medien enttarnen. Die in der Vertretung der EU-Kommission in London geführte Liste der Euro-Mythen – Falschmeldungen über Aktivitäten der EU – ist dabei ein guter Ausgangspunkt. Wir können unsere Kollegen, die derzeit im Amt sind, auffordern, offener und selbstbewusster aufzutreten.

Eine jüngst durchgeführte Umfrage in Großbritannien ergab, dass nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung für einen Austritt aus der EU ist, und das trotz der mangelnden öffentlichen Unterstützung für die Mitgliedschaft in der Union und trotz der unablässigen Anti-EU-Propaganda in den Medien. Die EU-Gegner würden sich unter Umständen wundern, welchen Ausgang ein mögliches Referendum nähme. Die

jüngste Umfrage in den Niederlanden zum Euro hat gezeigt, dass die EU-Gegner vielleicht am lautesten auf sich aufmerksam machen, aber deswegen noch lange nicht immer die meisten Stimmen erhalten. Unser eigenes Referendum im Jahre 1975 bestätigte dieses Phänomen eindrucksvoll.

Andrew Pearce

ED, Vereinigtes Königreich (1979-1989)

apearce50@hotmail.com

apearce50@hotmail.com

„FOODUCATION“: ERNÄHRUNGSERZIEHUNG

Das italienische Bildungsministerium hat einen wissenschaftlich-technischen Ausschuss eingesetzt und ein Pilotprojekt zur Ernährungserziehung in bestimmten Schulen (4. und 5. Schulklasse) aufgelegt. Es handelt sich dabei nicht um ein neues Unterrichtsfach, sondern um einen interdisziplinären Informationsparcours (Erdkunde, Geschichte, Naturwissenschaften...), den der Lehrer mit den Schülern zum Thema Nahrungsmittelwirtschaft behandelt.

Durch die Essenaufnahme wird eine Verbindung hergestellt (selbst in der Schule); sie stellt einen fröhlichen, geselligen Moment dar und ist auch auf sozialer Ebene ein Hilfsmittel.

Durch die Mitwirkung der Lehrkräfte wurde das Projekt zu einem Programm ausgebaut, bei dem mehrere Ministerien (Gesundheit, Landwirtschaft, Jugend) zusammenarbeiten. Es gibt gemeinsame „Leitlinien“, die mindestens bis 2015 dauerhaft verankert werden sollen. 2015 findet die Weltausstellung EXPO in Mailand statt, und dort sowie überall in Italien sind 7.000 Veranstaltungen rund um das Thema Ernährung geplant.

Dann wird es eine „Generation EXPO“ geben, also Jugendliche, die ab 2015 bereit sind, für sich selbst und die Allgemeinheit den riesigen Nahrungsmittelbereich besser kennenzulernen.

Der Ausschuss „Scuola e Cibo“ (Schule und Ernährung) besteht aus Branchenfachleuten, die ein Programm erarbeiten, das mit den letzten beiden Grundschulklassen einsetzt. Nach einer Auszubilderschulung von 18 Monaten läuft derzeit bereits eine Vorbereitungstour für die Lehrkräfte, die vom Ausschuss für das gesamte italienische Staatsgebiet umgesetzt wurde.

Die Arbeitsziele des Programms „Schule und Ernährung“ des MIUR lauten:

- 1) Verbesserung der Gesundheit der Jugendlichen durch Aufklärung, damit Verringerung der durch schlechte Ernährung verursachten Gesundheitskosten und Freisetzung von Ressourcen.
- 2) Vermittlung der Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten, die sich den Schülern im Bereich Ernährung und in den beteiligten Branchen (Umwelt, Gesundheit, Energie

usw.) bieten: weiterführende Schulbildung (z. B. Berufsgymnasien), Universität (Fachfakultäten) und schließlich eine Branche, die noch Berufsaussichten eröffnet.

3) Förderung von Arbeit, Traditionen sowie der Zukunft der Lebensmittelkette mit ihren landwirtschaftlichen Betrieben, Handels- und Industrieunternehmen, Gastronomie- und Dienstleistungsbereichen, durch Nutzung der Erfolgsmöglichkeiten, die sich mit der EXPO 2015 in Mailand und ganz Italien rund um ernährungsbezogene Themen auf sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Ebene bieten (1.5.-30.10.2015).

Die Fragestellungen in Bezug auf die pädagogischen Aspekte des Programms entsprechen den Punkten, die von der Europäischen Union angegeben und in Erinnerung gerufen wurden:

- Information und Schulung zur Arbeit mit Nahrungsmitteln und zu deren kulturellen Aspekten
- Herstellen eines Zusammenhangs mit körperlicher Bewegung und sportlicher Betätigung und dem Kampf gegen Fettleibigkeit und Übergewicht
- Kenntnis der wirtschaftlichen Bedingungen im Bereich Umwelt, Energie, Umweltschutz
- Förderung der Wertschätzung von Ressourcen, Rohstoffen und Anbaugebieten (z. B. Olivenöl) und Bekämpfung von verschwenderischem Umgang insbesondere mit Wasser.
- Bedeutung von jahreszeitlichen Schwankungen und Frischprodukten, insbesondere in den Bereichen Obst, Gemüse, Milchprodukte (z. B.: Mittelmeerdiät)
- Ein umfassender Ansatz zur Verbesserung der Lebensweise.

Aus diesen Gründen wurden zur Stärkung des Programms Vereinbarungen mit nationalen und internationalen Einrichtungen und mit repräsentativen Verbänden geschlossen: Welternährungsprogramm WEP, – Welternährungstag FAO, Federalimentare – Confindustria, COOP ITALIA – ANCC, Nationalmuseum für Wissenschaft und Technik Mailand, Italienisches Nationales Olympisches Komitee CONI, Slow Food, Verpackungskonsortium (CONAI) und andere.

Mit der *Fooducation* sollen die Lebensmittelbranchen durch praktische außerschulische Besichtigungen (Lehrgärten, Bauernhöfe, landwirtschaftliche Betriebe, Geschäfte, Labore) dazu beitragen, ihren eigenen Bekanntheitsgrad zu steigern. Sie bietet also einen kontinuierlichen und zentral gesteuerten Bildungsweg, der dank der großen Unterstützung der Lehr- und Erziehungskräfte eine Verbindung zwischen den öffentlichen Einrichtungen und Beteiligten (Schule und Unternehmen) und den Schülern und ihren Familien herstellt.

Riccardo Garosci

Riccardo Garosci (MdEP 1994-1999) ist Vorsitzender des wissenschaftlich-technischen Ausschusses für schulische Ernährungserziehung „Scuola e Cibo“ des Ministeriums für Unterricht, Universitäten und Forschung (MIUR). Er war bereits Sonderberater der Europäischen Kommission (2003-2007), Projektleiter des Komitees für Italiens Bewerbung um die EXPO 2015 und Direktor des

"Maison de l'Italie" (Haus Italiens) (Universitätscampus Paris).
garosci2001@yahoo.com

DAS MÜNCHNER TREFFEN DER SPANISCHEN OPPOSITION

Hiermit möchte ich einen kurzen Rückblick an das „Contubernio de Munich“, das Münchner Treffen der spanischen Opposition geben, an dem ich teilnahm und dessen 50. Jahrestag im Juni begangen wurde.

A) Im Februar 1962 beantragte Castiella, der Außenminister der Franco-Diktatur, öffentlich bei Couve de Murville, dem Präsidenten des Ministerrats der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Aufnahme von Gesprächen über einen Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft: er erhielt lediglich eine Empfangsbestätigung. Der Versuch war aufgrund des demokratischen Charakters der Gemeinschaft, der gemäß dem „Birkelbach-Bericht“ Voraussetzung für alle Mitgliedstaaten war, völlig umsonst.

Die Diktatur wusste das, sie wollte sich jedoch zusätzlich zum Versuch, die wirtschaftlichen Ängste in unserem Land einzudämmen, der europäischen Idee ein wenig annähern, die bei der spanischen Bevölkerung, welche sich über ausländische Radiosender und Presse, sowie Emigration und den beginnenden Fremdenverkehr informierte, bereits Fuß gefasst hatte (Franco unterließ es fortan, von „den dekadenten westlichen Demokratien“ zu sprechen).

B) Das spanische Exil trug zum europäischen Aufbauwerk bei, wichtige Persönlichkeiten nahmen am Haager Europa-Kongress von 1948 teil und in Paris wurde der Spanische Föderative Rat der Europäischen Bewegung (CFEME) als Zweig der Europäischen Bewegung International gegründet.

Innerhalb Spaniens entstanden angebliche kulturelle Organisationen – das war erlaubt –, die sich der Beobachtung der europäischen Entwicklung widmeten. Die bekannteste war die „Spanische Vereinigung für Europäische Zusammenarbeit“ (AECE) mit Sitz in Madrid, Gran Vía 43, in der bei Umgehung von Verboten u. a. liberale, christdemokratische, sozialistische, monarchistische und sozialdemokratische Kräfte der demokratischen Opposition gegen die Diktatur zusammenkamen.

AECE und CFEME unterhielten enge Kontakte, sie waren „zwei Hälften einer Orange“ (Madariaga).

C) Wir versuchten eine gemeinsame Versammlung in Mallorca zu veranstalten, um über die Anforderungen für den EWG-Beitritt zu sprechen, die jedoch verboten wurde; sodass wir die Einladung der Europäischen Bewegung International annahmen, eine gemeinsame Sitzung unter Spaniern innerhalb ihres IV Kongresses am 5. und 6. Juni in München durchzuführen.

Es waren 80 in Spanien lebende Spanier (Oppositionspolitiker der genannten Gruppierungen sowie der baskischen und katalanischen Nationalisten, allesamt Untergrundorganisationen) sowie 38 Exilspanier anwesend. Kommunisten wurden nicht eingeladen, weil diese zu jenem Zeitpunkt noch nicht viel mit dem Aufbauwerk des westlichen Europa zu tun hatten; aber zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), Tomás García und Francesc Vicens, kamen in unser Hotel, sodass ich persönlich mit ihnen sprach: sie zeigten ihren Respekt bezüglich unserer Versammlung und ließen bereits die zukünftige Wendung der Partei zum Eurokommunismus erkennen, die später stattfinden sollte.

Anfangs bestand nach den langen Jahren des Bürgerkriegs und der Repression ein gewisses Misstrauen, aber die Verständigung gelang und es wurde ein gemeinsamer, einfacher, aber unmissverständlicher Text verfasst: repräsentative Institutionen, Regierung aufgrund der Zustimmung der Bürger, Recht auf Bildung politischer Parteien und Gewerkschaftsfreiheit, Menschenrechte (mit Betonung der damals stark unterdrückten Meinungsäußerungsfreiheit und des Streikrechts), autonome Regionen (vorsichtshalber „natürliche Regionen“ genannt), Evolution „unter Berücksichtigung von Normen der politischen Mäßigung und Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung“; und selbstverständlich „Einbindung Spaniens in Europa“.

Und eine der spanischen „Transition“ vorausgehende Errungenschaft: auf den Vorschlag des monarchistischen Satrustegui antwortete der Sozialist Llopi, dass die republikanischen Überzeugungen der Partei ggf. kein Hindernis für eine parlamentarische Monarchie darstellen würden, was später tatsächlich so sein sollte.

D) Das Franco-Regime versuchte, die Verlesung und Annahme des Textes zu boykottieren. Es wurden Diplomaten in die deutsche Stadt geschickt und das Regime bediente sich einer pseudoeuropäischen, von der Regierung unterstützten Einrichtung, dem Europäischen Dokumentations- und Informationszentrum (CEDI), welchem auch einige bayrische Politiker angehörten. Alle zusammen – darunter bedauerlicherweise auch Coudenhove-Kalergi (was war aus seinem „Paneuropa“ der 30er Jahre geworden!) – vereinbarten, die gemeinsame Entschließung der Spanier zu boykottieren oder zumindest seine Verlesung durch den Präsidenten der Europäischen Bewegung International, Maurice Faure, in der Versammlung am 8. Juni zu verhindern.

Faure gab nicht nach und es kam zum Handschlag zwischen Llopi und Gil-Robles, der wunderbaren Rede von Madariaga, „wir, die wir einst die Freiheit wählten und dafür unser Land verloren und diejenigen, die das Land wählten und dafür die Freiheit verloren, haben uns versammelt, um einen Weg zu suchen, der uns gemeinsam in unser Land und zur Freiheit führt“, und bewegt erlebten wir die einstimmige Zustimmung der etwa tausend Kongressteilnehmer zu unserem Text.

E) Nach dem Misserfolg kam die Repression: Franco hob den fiktiven Artikel 14 des „Grundgesetzes der Spanier“ auf und ordnete die Verbannung von 9 Spaniern auf verschiedene Inseln der Kanaren sowie die Ausweisung von weiteren 30 ins Ausland an.

Den übrigen, in Spanien lebenden Teilnehmern des Treffens wurden Bewährungsaufgaben erteilt und die Pässe abgenommen (in meinem Fall handelte es sich z. B. um regelmäßiges Erscheinen bei der Generaldirektion für Sicherheit (DGS), um Zurechtweisungen und die wahrheitsgemäßen Prahlerien bezüglich der Überwachung meiner Telefone zu ertragen, was für die Ausübung meines Berufs als Notar äußerst unangenehm war).

Das Regime veranstaltete eine grausame Hass-, Verleumdungs- und Drohkampagne die durch den Ausruf „die von München an den Galgen!“ bei öffentlichen Akten mit Vorsitz des Diktators in Valencia und Palencia symbolisiert wurde („diese Verdammten, die sich mit den Roten verschwört haben, um auf ausländischen Versammlungen ihre elenden Streitereien auszutragen“) sowie durch die Bezeichnung „CONTUBERNIO“, die abwertend sein sollte (von lateinisch contubernium, Sklavenehe ohne Rechtswirksamkeit, sündhafte Begegnung).

Die kontrollierte und in manchen Fällen übereifrige Presse beschimpfte uns massiv. Selten wurde die spanische Sprache auf so hasserfüllte Weise benutzt: Die Ausdrücke „schlechte Spanier“, „Verräter“, „abscheuliche Verbindung“ usw. waren hinlänglich bekannt, aber hier erging man sich in persönlichen Beschimpfungen wie „beleidigte Dummköpfe und Versager“, „Spezialisten der Verfälschung und Unterwerfung“, „gekaufte Leute“; die Älteren wurden als „Zahnlose und Rheumatiker“, wir Jüngeren als „blasse und schlüpfrige Grünschnäbel und Emporkömmlinge“ und unser Treffen als „Freizeitvergnügen für faule Vagabunden“, „Allianz mit verachtungswürdigen Leuten (den Exilanten)“, und „Verkaufen auf dem internationalen Markt“ bezeichnet.

Den Höhepunkt lieferte der Journalist Pérez Madrigal mit „Söhne des Antichristen!“ (Es war nie die Absicht des bescheidenen Autors dieser Zeilen, derartigen Ruhm zu erlangen).

Anscheinend bereute das Regime dann plötzlich diese exzentrische Kampagne, sodass das Informationsministerium abgesetzt wurde. Das neue hingegen äußerte zu seinem Antritt gegenüber der internationalen Presse, dass die Verbannungen und Ausweisungen von Personen vorgenommen worden waren, „um zu vermeiden, dass sie von guten Spaniern getötet werden“, sodass wir, die auf der Iberischen Halbinsel Verbliebenen, nach rechts und links schauten, ob vielleicht irgendein guter Spanier – die es angeblich geben soll – unterwegs war, um uns, den schlechten Spaniern, die angemessene Strafe zu erteilen.

F) Was die Menschen betrifft, so ist der Lauf der Zeit unerbittlich: von den 118 aus dem Jahr 1962 sind heute nur noch 7 übrig. Uns und den Familien der Verstorbenen wurde dieses Jahr eine Hommage durch die spanischen Behörden, Politik und weite Teile der Bevölkerung zuteil.

Das muss man schätzen, denn die Tatsache, dass wir Spanier uns das hässliche Wort „CONTUBERNIO“ (nach dem ein Zensor der damaligen Zeit lange in den Wörterbüchern gesucht hatte) ironischerweise angeeignet haben und, über jegliche Parteiendifferenzen erhaben, im Sinne von „ÜBEREINSTIMMUNG“ verwenden, ist durchaus positiv und kann einem EUROPA angeboten werden das – über Wirtschaftskrise, Rettungsschirme, Risikoprämien, usw. erhaben – ein „Contubernio“ braucht und dieses sicherlich auf dem Wege zu Einigung, Gleichberechtigung und Aufschwung auch erreichen wird.

Carlos María Brú Purón, pensionierter Notar, ehemaliger Abgeordneter des Unterhauses des spanischen Parlaments und des Europäischen Parlaments

SOLIDARITÄTSBRÜCKE ZWISCHEN ITALIEN UND DEM KOSOVO

Bei der Rückkehr nach Pristina verspürte ich Erregung: Als Europaparlamentarier habe ich während meines Mandats stets mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in dem Friedensprozess auf dem Balkan verfolgt, einer geografischen Region, die wirklich vor den Toren unserer Europäischen Union liegt.

Im September 2012 habe ich eine diplomatisch-humanitäre Delegation, bestehend aus Vertretern des Zivilschutzes, Studenten und Journalisten angeführt, die dank der Synergie zwischen dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, dem Ministerium für Verteidigung und der italienischen Botschaft in Pristina organisiert wurde. Ziel dieser internationalen Solidaritätsinitiative war insbesondere die Verteilung von humanitären Hilfen, Medikamenten, Kleidung und Unterrichtsmaterial an die Kinder von drei Waisenhäusern in diesem kleinen Land, das bis vor wenigen Jahren vom Krieg gepeinigt wurde.

Die Sammlungen wurden dank des Engagements von Institutionen, Schulen und Freiwilligenverbänden in der Region von Civitavecchia und Tolfa, nördlich von Rom, durchgeführt. Wir waren Gast im „Italienischen Dorf“ in Peć, der Kaserne, die unsere Soldaten zusammen mit ihren österreichischen und slowenischen Kollegen beherbergt, die im Rahmen des Nato-KFOR-Kontingents mit der schwierigen täglichen Aufgabe der Überwachung und Kontrolle des kosovarischen Gebiets beschäftigt sind.

Während unseres Aufenthalts haben wir das von der Caritas Umbrien geleitete Waisenhaus in Klina, eine von den basilianischen Nonnen geleitete Einrichtung in Bec und die Schule in Kotlina, einem kleinen Dorf an der Grenze zu Mazedonien, besucht. Bei diesen Anlässen wurde uns von den Kindern, die unsere Anwesenheit schätzten und uns mit ihren Willkommensliedern das Herz erwärmten, ein außergewöhnlicher Empfang bereitet. Meine Delegation hat auch den italienischen Botschafter in Pristina, Michael Giffoni, die Vertretung der Europäischen Union im Kosovo und den Bischof und apostolischen Nuntius in diesem Land, Dode Gergji, getroffen: Während der offiziellen Gespräche wurden stets die Bedeutung der internationalen Gemeinschaft in dieser Phase des Übergangs und die außergewöhnliche Arbeit, die von der Europäischen Kommission und vielen Mitgliedstaaten in dem Land geleistet wurde, hervorgehoben. Besondere Bedeutung hatte auch das Treffen an der Universität von Pristina, wo ich die Gelegenheit hatte, mit Dozenten und Studenten über einige Aspekte des Programms „Erasmus Mundus“ zu sprechen, für das ich Berichterstatter der Kommission für Entwicklung des Europäischen Parlaments war.

Die Delegation kehrte nach Hause zurück, mit der Zufriedenheit, einige zuvor geknüpfte Kontakte fortgesetzt und einige Ideen für bilaterale Zusammenarbeit für die kommenden Jahre in die Wege geleitet zu haben, aber insbesondere mit der Befriedigung und dem Glücksgefühl, dazu beigetragen zu haben, ein Lächeln ins Gesicht von vielen weniger vom Glück begünstigten Kindern zu zaubern. Den besonderen Glanz, den ich in ihren Augen gesehen habe, stimmt mich optimistisch für die Zukunft: Der Kosovo kann es schaffen.

Alessandro BATTILOCCHIO
PES, Italien (2004-2009)
sindacobattilocchio@libero.it

**PARIS – BAMAKO – OUAGADOUGOU, EIN BEISPIELHAFTES UND
INNOVATIVES PROJEKT DANK DES PROGRAMMS
„NICHTSTAATLICHE AKTEURE UND LOKALE BEHÖRDEN IM
ENTWICKLUNGSPROZESS“ DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION**

Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments von 2004 bis 2009 habe ich im März 2007 einen Initiativbericht über lokale Gebietskörperschaften und Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt. Er wurde im Europäischen Parlament einstimmig angenommen und führte zur Schaffung des Programms „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“, das bis zum Jahr 2013 mit jährlich 35 Mio. Euro für Entwicklungsprojekte lokaler und regionaler Gebietskörperschaften ausgestattet ist.

Dank dieser Haushaltlinie konnte die Stadt Paris von Januar 2010 bis Dezember 2012 in Bamako und Ouagadougou ein Projekt zur Stärkung der kommunalen Kapazitäten im Bereich Gesundheit durchführen. Durch die Zentralisierungsgesetze sind die beiden Hauptstädte mit der administrativen Verwaltung der Einrichtungen der Grundgesundheitsfürsorge betraut. Angesichts der Herausforderungen, die eine solche Verwaltung mit sich bringt, hat Paris Bamako und Ouagadougou bei der Verbesserung der Gesundheitsfürsorge vor Ort unterstützt, und zwar durch eine bessere Verwaltung der Gesundheitssysteme.

Die Zusammenarbeit, die mit Finanzmitteln in Höhe von 1,2 Mio. Euro gefördert wurde, und zu 75 % von der Europäischen Kommission (Programm „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“) und 25 % von der Stadt Paris kofinanziert wurde, zielte darauf ab, das Fachwissen der Partnerstädte im Bereich Gesundheit zu erweitern. Am Ende des Projekts wurden überzeugende Ergebnisse erzielt:

- 668 Personen (Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Verwaltungspersonal, Volksvertreter) wurden ausgebildet. In Ouagadougou wurde der lokale Plan für die Entwicklung des Gesundheitswesens für den Zeitraum 2013-2017 angenommen und die „Direction de l'Action Sanitaire de la ville“ (städtische Stelle für Gesundheitsfürsorge) wird entsprechend umstrukturiert. In Bamako wird derzeit, trotz der Schwierigkeiten auf politischer Ebene, der lokale Plan für die Entwicklung des Gesundheitswesens ausgearbeitet und für das Jahr 2013 angenommen. Ebenso wird ein Planungstab eingerichtet, der die Schaffung einer künftigen Stelle für Gesundheit und Sozialwesen vorbereitet.
- Am Ende werden über 3 Mio. Menschen von der Verbesserung des Gesundheitswesens profitieren.

Doch es sind nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit, die dieses Projekt einzigartig machen. Im Laufe der vergangenen drei Jahre haben Menschen mit unterschiedlichen Hintergründe an dem Erfolg dieses Projekts mitgewirkt: Politische Entscheidungsträger, technische Gutachter, Mitarbeiter der Gemeindeverwaltungen und der Gebietskörperschaften, Gesundheitspersonal – sie alle haben gemeinsam zur Verbesserung des Gesundheitsfürsorge in den Gemeinden von Ouagadougou und Bamako beigetragen.

Ziel es ist, Projekte wie das in Paris-Bamako-Ouagadougou auch in anderen Regionen umzusetzen. Um die Herausforderung der Millenniums-Entwicklungsziele zu

bewältigen wird nur ein multilateraler Ansatz unter Beteiligung von lokalen Gebietskörperschaften, Akteuren der Zivilgesellschaft, privaten Akteuren und internationalen Institutionen, wirksam und nachhaltig sein. Dank des Programms „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“ können ähnliche multilaterale Partnerschaften im Süden begonnen und weiterentwickelt werden.

Pierre Schapira

Stellvertretender Bürgermeister von Paris, zuständig für internationale Beziehungen, Europaangelegenheiten und Frankophonie.

Ehemaliges MdEP

E-Mail: pierre.schapira@paris.fr

GLADIO NATO'S DAGGER AT THE HEART OF EUROPE

The Pentagon Nazi-Mafia Terror Axis

Richard Cottrell

Britischer konservativer Abgeordneter, MdEP (1979-1994)

Für diejenigen, die an Verschwörungstheorien glauben, ist Richard Cottrells Buch ein faszinierender Lesespaß. Es gibt keinen Spionagefall der letzten 40 Jahre, der nicht in dieser nahezu 500 Seiten starken Saga Erwähnung findet.

GLADIO war der Name des italienischen Zweigs der „Stay-behind“-Kräfte der NATO in Italien für den Fall einer russischen Invasion!

Das Buch ist ein Kaleidoskop von Ereignissen, und zwischen den meisten der Fälle bestehen (laut Richard Cottrell) anscheinend Zusammenhänge. Allerdings haben die meisten Fälle einen gemeinsamen Hintergrund – die „üblichen Verdächtigen“ sind CIA, MI5, KGB und der Vatikan. Merkwürdigerweise tauchen die religiösen Rechten Amerikas aber nirgendwo im Buch auf!

Einige der beschriebenen Handlungen und Nebenhandlungen kommen einem bekannt vor, obwohl sie durch den Schleier der Zeit ein wenig verblassen. Eine Ausnahme ist der Abschnitt über Bulgarien und die Ermordung Georgi Markows in London, der in Richard Cottrells Buch als eine Art bulgarischer James Bond erscheint, der auf Grund der Gönnerschaft des bulgarischen starken Mannes, des Diktators Todor Schiwkow, eher mit einer Lizenz zum Genießen statt zum Töten ausgestattet war.

Ein weiteres Land, das der Autor persönlich gut kennt und das immer noch Schlagzeilen macht, ist Griechenland. Als Mitglied des Europäischen Parlaments beschäftigte er sich mit dem mysteriösen Verschwinden und dem Mord an Ann Chapman im Jahre 1971. Dieser Fall erlangte als „*cause célèbre*“ großes Aufsehen und endete schließlich aufgrund einer Petition, die Anns Vater an das Parlament richtete, im Europäischen Parlament in Straßburg. Richard Cottrell wurde zum Berichterstatter ernannt und schrieb ein Buch über den Chapman Fall mit dem Titel „Blood on their Hands“ („Blut an ihren Händen“). Er nimmt an, dass Ann nicht als freie Journalistin, sondern für den MI6 arbeitete. Die ganze Geschichte von Ann

Chapmans Verschwinden und ihrem Tod wurde nie zufriedenstellend geklärt, obwohl es Spekulationen über die über den Fall verhängte Nachrichtensperre durch die BBC, den MI6 und andere gibt.

Die griechische Saga wird fortgesetzt, und die Personen in der aktuellen Besetzung tragen oftmals dieselben Namen wie diejenigen, die in Griechenland vor dem Putsch der „Obristen“ an der Macht waren.

Es überrascht vielleicht, dass es, abgesehen von kurzen Hinweisen, sehr wenig neues Material über die Aktivitäten des KGB in der Zeit vor dem Fall der Sowjetunion gibt. Möglicherweise liegt das daran, dass Richard Cottrells Rollen für die „Bösen“ bereits überbesetzt sind!

Das Buch nimmt umfassend Bezug auf die mysteriöse Bilderberg-Gruppe mit einer beeindruckenden Liste der „Großen und Guten“ Europas und Amerikas, darunter unter anderem Henry Kissinger und der kürzlich verstorbene Sir James Goldsmith (ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments). Was die Bilderberg-Gruppe eigentlich macht, enthüllt das Buch allerdings nicht.

Es macht Spaß, dieses Buch zu lesen, vorausgesetzt, man glaubt nicht alles (oder auch nicht einmal die Hälfte) von dem, was in ihm steht. Es würde sich auch gut in der Belletristik-Abteilung jeder Bibliothek machen.

Ein ideales Buch für den Aufenthalt auf Flughäfen. Leider ist hier das Problem, dass Richard Cottrells Verlag bisher die Buchhandlungen in den Flughäfen, in denen ich mich ab und zu aufhalte, noch nicht mit dem Buch versorgt hat. Aber man kann das Buch über Amazon erhalten. Es ist ein Lesespaß, den ich empfehlen kann.

Bryan CASSIDY